

TEXTE



ÖFFENTLICH-RECHTLICHE
QUALITÄT IM DISKURS

**FLÜCHTLINGE AN DEN GRENZEN,
TERROR IN PARIS,
ÜBERGRIFFE IN KÖLN,
HASSBOTSCHAFTEN IM INTERNET:**

**WAS KANN, WAS SOLL, WAS MUSS
QUALITÄTSJOURNALISMUS TUN?**



DIE 5 QUALITÄTSDIMENSIONEN

INDIVIDUELLER WERT

VERTRAUEN
SERVICE
UNTERHALTUNG
WISSEN
VERANTWORTUNG

GESELLSCHAFTSWERT

VIELFALT
ORIENTIERUNG
INTEGRATION
BÜRGERNÄHE
KULTUR

ÖSTERREICHSWERT

IDENTITÄT
WERTSCHÖPFUNG
FÖDERALISMUS

INTERNATIONALER WERT

EUROPA-INTEGRATION
GLOBALE PERSPEKTIVE

UNTERNEHMENSWERT

INNOVATION
TRANSPARENZ
KOMPETENZ

Public Value, die gemeinwohlorientierte Qualität der öffentlich-rechtlichen Medienleistung des ORF, wird in insgesamt 18 Kategorien beschrieben, die zu fünf Qualitätsdimensionen zusammengefasst sind.

Auf zukunft.ORF.at und im „Public-Value-Bericht“ werden die Leistungen des ORF in diesen Kategorien dokumentiert.



HERAUSGEBER UND HERSTELLER:
Österreichischer Rundfunk, ORF
Würzburggasse 30
1136 Wien

DESIGN-KONZEPT:
Rosebud, Inc. / www.rosebud-inc.com

DESIGN:
ORF Marketing & Creation GmbH & Co KG
FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH:
ORF Generaldirektion Public Value

DRUCK: ORF-Druckerei

LEKTORAT: Konrad Mitschka

1. Auflage, © ORF 2016
Reaktionen, Hinweise
und Kritik bitte an:
zukunft@ORF.at

„IHR LÜGT DOCH ALLE“

Derartiges bekommen Journalist/innen dieser Tage immer wieder zu hören. Eine ebenso pauschale wie aggressive Kritik trifft die Medien, wenn es um die Berichterstattung zur Flüchtlingssituation geht. Handelt es sich dabei wirklich nur um eine bewusste Hetze rechtspopulistischer Kampagnen oder stehen hinter dem Vertrauensverlust auch journalistische Eigenfehler? Übertreiben Medien die „political correctness“ zu Lasten objektiver und glaubwürdiger Berichterstattung? „Flüchtlinge an den Grenzen, Terror in Paris, Übergriffe in Köln, Hassbotschaften im Netz: was kann, was soll, was muss Qualitätsjournalismus tun?“, dieser Frage ist die vorliegende Ausgabe der „TEXTE“ gewidmet, die sich aus aktuellem Anlass mit Anspruch und Wirklichkeit von Medienqualität beschäftigt.

Journalist/innen, Medienwissenschaftler/innen und Vertreter/innen der Zivilgesellschaft aus Deutschland, Ungarn, der Schweiz und Österreich werfen einen Blick auf die Normalität der Medienlandschaft, die sich unter besonders krisenhaften Bedingungen bewähren muss. Dabei kommen persönliche Erfahrungen an den Grenzen ebenso zur Sprache wie die Frage, wie sich Qualitätsmedien angesichts der Hassbotschaften, der Terrorangst, dem Spannungsfeld zwischen „Willkommenskultur“ und der „Festung Europa“ verhalten sollen.

Die aktuelle Lage stellt für alle eine Herausforderung dar. Zwischen dem Krisenmanagement der Politik, den offensichtlichen Spannungen, den Ängsten in der Bevölkerung und der Empörung der Straße bewegen sich Journalist/innen, die offensichtlich aufgefordert sind, sich mit grundlegenden ethischen Perspektiven ihrer Arbeit zu beschäftigen.

Tatsache ist: Die Glaubwürdigkeit der Medien lässt sich weder mit Bekenntnissen noch mit Appellen sicherstellen. Kritische Selbstreflexion und fachliche Expertise können dazu beitragen, einen Streit, der zuweilen den Boden nüchterner Betrachtung längst verlassen hat, wieder zu einem Diskurs um Medienqualität zu machen.

Wir bedanken uns bei allen Autor/innen, die mit ihren Analysen und Perspektiven dazu beitragen.

KONRAD MITSCHKA KLAUS UNTERBERGER
ORF GENERALDIREKTION PUBLIC VALUE

6

MORALFREIE ZONE

STEFAN RAUE, MDR

8

MEDIEN UNTER HOCHSPANNUNG

FH-PROF. DR. HEINZ M. FISCHER, JOANNEUM GRAZ

11

WANDERBILDER UND WANDERSCHRIFTEN

UNIV.-PROF. DR. THOMAS BAUER, UNIVERSITÄT WIEN

24

HATE SPEECH

DR.^{IN} LIRIAM SPONHOLZ, ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

28

ERWEITERT DAS ROLLENVERSTÄNDNIS!

MAG.^A PATRICIA KÄFER, DR.^{IN} DANIELA KRAUS, FJUM

31

FLUCHT, TERROR, SHITSTORMS

UNIV.-PROF.^{IN} DR.^{IN} LARISSA KRÄINER, UNIVERSITÄT KLAGENFURT

34

DISKURSIVE KLÄRANLAGEN

MAG. DIMITRI PRANDNER, UNIVERSITÄT SALZBURG

37

GRATWANDERUNG ZUR VERANTWORTUNG

DR. FRITZ DITTELBACHER, ORF

41

SCHUTZ VOR SPRECHBLASEN

HANNES AIGELSREITER, ORF

44

VON FLÜCHTLINGEN UMZINGELT

ROBERT NEUKIRCHNER, ORF STEIERMARK

46

EMOTIONEN WEGLASSEN

MAG. THOMAS KRALINGER, VÖZ

49

WHENEVER IT HAPPENS

BALÁZS BENDE, MTV

53

GEGENFRAGEN ZUM MEINUNGSTREND

DR. PHILIPP CUENI, EDITO

56

PRESSEKODEX ZIFFER 12

DR.^{IN} RUBINA MÖHRING, REPORTER OHNE GRENZEN

63

MENSCHEN AUF DER FLUCHT

DR. GÜNTHER OGRIS, SORA

66

WEM KANN MAN WIRKLICH TRAUEN?

DR.^{IN} ILSE BRANDNER-RADINGER, ORF PUBLIKUMSRAT

71

**HEIKLE ZEITEN FÜR DIE MENSCHENRECHTE:
GEHT DAS DEN ORF ETWAS AN?**

DR.^{IN} BARBARA HELIGE, ÖSTERREICHISCHE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE

74

DAS JOURNALISTISCHE MINDESTMASS

VIZEREKTOR UNIV.PROF.DR. HEINZ FASSMANN, UNIVERSITÄT WIEN, EXPERTENRAT FÜR INTEGRATION

MORALFREIE ZONE

STEFAN RAUE
MDR

Aus und vorbei: „Constructive News“ hieß vor einigen Monaten noch der neueste Schrei der Medienszene. Nicht mehr das ewige Nörgeln und Kritisieren der Medienmacher, nicht mehr die tägliche Ansammlung an Katastrophen, Unglücken, Pleiten und Pech. Mehr Positives und Gelungenes in die Nachrichten, mehr optimistischer Blick in die Zukunft, der die Mediennutzer nicht frustriert und ohnmächtig in Ratlosigkeit zurücklässt. Ein Buch und ein Denkanstoß aus Dänemark, in Akademien und bei Medienkongressen temperamentvoll diskutiert, inzwischen perdu. Nur wenige Monate später scheint es so, als könnten die „besorgten Bürger“ gar nicht genug bekommen von Schauergeschichten, Kriminalität, eingebildeten Seuchen, Untergangsszenarien, wenn sie nur direkt oder indirekt mit Migranten und Flüchtlingen in Verbindung zu bringen sind. Wer da mit „Constructive News“ kommt, der setzt sich dem doppelten Fälschungsvorwurf aus. Ein Lügner, weil er nicht nur Kritisches nicht publiziert, sondern darüber hinaus auch noch Meldungen und Informationen präsentiert, die nicht in die Eskalationsmaschine der immer größeren Katastrophen und Untergangphantasien passen. Aus und vorbei, selten ist die Idee eines Paradigmenwechsels so rasch gescheitert wie die des Positiven Journalismus.

Aus und vorbei: Die seriösen Medien als Orientierungsanker und unumstrittene Instanz im Prozess der demokratischen Willensbildung. Seit Monaten stehen die Medien im Kreuzfeuer von „Lügenpresse“-Demagogen, medienskeptischem Bildungsbürgertum und Politikern, die die aggressive Energie der neurechten unkalkulierbaren Protestwelle allzu gerne auf den Sündenbock Medien lenken. Und wie verhalten sich die Medien selbst? Die Idee eines gemeinsamen Geistes und Wertesystems der demokratischen Medien, die Vorstellung von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung gegen Gewalt, Diffamierung und Bedrohung ist unter dem Druck von ökonomischer Printkrise und gesellschaftlichem Legitimationszwang zerbröselt. Keine Branche ist unsolidarischer, selbstzerstörerischer und zynischer im Umgang mit sich selbst. Aus und vorbei: Der Gedanke einer großen, freien und demokratischen Öffentlichkeit. Die Angebote der Medien, der öffentliche politische Diskurs und der Aufklärungsanspruch von Bürgerbewegungen, gemeinsam, aber ohne Direktive und Regie sollten sie die Zukunft als offene, aufgeklärte und von Grund auf neugierige Perspektive mit vielen Möglichkeiten für alle gestalten. Das ist vorbei. Die neue Öffentlichkeit scheint restaurativ. Nicht mehr Wissen von der Welt,

nicht mehr das Interesse am Anderen und Ungewöhnlichen, eher Misstrauen gegenüber allem Fremden, eher der Verschwörung auf der Spur als der rationalen Annäherung an die Wahrheit. Die Öffentlichkeit von Facebook ist die des permanenten Raunens und Denunzierens. Die Chatnetzwerke gleichen in ihrer Sprache Sekten und Geheimgesellschaften mit einem klaren Freund-Feind-Bezug. Als wahr wird angesehen, was in das enge Weltbild passt, alles andere bleibt außen vor. Die Welt als kontinuierliche Lüge zu sehen, galt bis vor kurzem vor allem als Symptom einer handfesten Paranoia.

Was nun? Was bleibt für die Qualitätsmedien, vor allem für die immer noch reichweitenstarken öffentlich-rechtlichen Sender? Zunächst einmal die Schadensbilanz nach dem großen „Lügenpresse“-Gefecht: Bei welchen gesellschaftlichen Gruppen ist der Legitimationsverlust am größten, und wie sind diese Gruppen noch zu erreichen? Gibt es Möglichkeiten eines Dialogs, hilft größere Transparenz, nutzt mehr Präsenz vor Ort? Ist eine noch intensivere Regionalisierung der elektronischen Medien eine Möglichkeit, Nähe und Glaubwürdigkeit noch deutlicher zu machen? Zweitens: Stärkung des journalistischen Markenkerns und Markenversprechens, nämlich umfassende, unabhängige, kritische und hintergründige Berichterstattung über die relevanten und aktuellen Ereignisse. Daran orientiert sich das treue Stammpublikum von Tagesschau und heute-journal seit langem. Diese Erwartungen müssen jeden Tag und in jeder Sendung präzise und dauerhaft erfüllt werden. Glaubwürdigkeit bei diesem Publikum zu erwerben, dauert lang, sie zu verlieren, geht sehr schnell.

Drittens: Die Digitalstrategie der Öffentlich-Rechtlichen muss sich abkoppeln von Facebook, YouTube und Co. Diese kommerzielle Zone ist ohne Moral, ohne seriösen Beitrag zu einer demokratischen Community, sie ist gewissenlos kapitalistisch. Auch Hetze, Paranoia, Demagogie und Desinformation bedeuten Einnahme und Rendite für Facebook und Co. Die Teilnahme der Öffentlich-Rechtlichen bei Facebook und Co kann nur noch für eine Übergangszeit sinnvoll sein, bis eigene Portale, eigene populäre Apps, eigene attraktive Mediatheken verknüpft mit der Markenstärke der Informationsangebote kraftvoll genug sind, um sich mit den kommerziellen Konkurrenten messen zu können. Viel Zeit bleibt nicht, aber die Gier der Konzerne nach öffentlich-rechtlichem Content ist so offensichtlich, dass das eigentlich zu Selbstbewusstsein und Offensivgeist allen Anlass geben sollte. Wir haben sehr viel Qualität und Substanz in unseren Programmangeboten. Was tun? Die schwierige Lage schonungslos analysieren, global denken, regional verankert sein und selbstbewusst an der eigenen Zukunft arbeiten, Hilfe ist von anderswo nicht zu erwarten. •

MEDIEN UNTER HOCHSPANNUNG

FH-PROF. DR. HEINZ M. FISCHER
JOANNEUM GRAZ

Journalismus steht auf dem Prüfstand, in mehrerer Hinsicht. Das beginnt ad personam. Können Journalistinnen und Journalisten in sachlicher und inhaltlicher Hinsicht überzeugen? Sind Publizisten, Kommentatoren und Reporter in der Lage, mit der immer dichter werdenden Komplexität ihnen begegnender Themen umzugehen? Verfügen sie über genügend politisches, historisches und kulturelles (Hintergrund)wissen, um die Agenden souverän zu bearbeiten. Sind Sie in der Lage, Emotion, persönliche Einstellung und subjektives Empfinden von Sache und Problem zu trennen?

Grundvoraussetzungen von erstzunehmenden Journalismus, könnte man meinen. Eine Analyse aktueller Berichterstattung hält Kriterien der Objektivität und Äquidistanz in vielen Fällen jedoch nicht stand. „Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten“, postulierte einst der deutsche Publizist Hanns Joachim Friedrichs. Mag sein, dass seine Maxime angesichts signifikanter Veränderungen von Journalismus antiquiert, in die Jahre gekommen erscheint. Überlegenswert ist sie allemal.

Moral, das Überwältigsein von zugegebenermaßen eklatanten Situationen kann Recherche sowie das Abwägen unterschiedlicher Meinungen und Standpunkte nicht ersetzen. Es darf, um einen in diesem Kontext wenigen konstruktiven und originellen Debattenstandpunkte aufzugreifen, keine „Naivität des Guten“ geben. Wobei bei der Forderung nach Fakten und tatsachengetriebener Recherche Journalismus eine Lanze gebrochen werden muss. Das defensive, intransparente Umgehen mit Informationen seitens der Behörden erschwert Berichterstattung unheimlich. Dazu kommt interessensgeleitete Kommunikation von Politik und einer Vielzahl anderer Akteure, die dazu angetan ist, Bilder von der Wirklichkeit eher zu verzerren denn zu schärfen. Inszenierung von Wirklichkeit allerorts. Aufgabe von Journalismus muss es sein, Desinformation zu identifizieren, grassierende Fakes und Lügen sichtbar zu machen. Das Veröffentlichen (und somit nachvollziehbar machen) durchgeführter Faktenchecks sind ein guter Ansatz dazu.

Was wir als Konsequenz daraus, aber auch aus dem Gieren der Medien nach Aufmerksamkeit des Publikums, regelmäßig erleben, sind Skandalisierung und Alarmismus. Differenzierung wird über Bord geworfen,

stattdessen greift Verallgemeinerung um sich. Tendenzen, die mittlerweile längst nicht allein dem Boulevard zuzuordnen sind, sondern nahezu alle Medien durchziehen. Sprachlich wird höchstes Eskalierungsniveau erklommen („Außer Kontrolle“, „Werte der Demokratie in Gefahr“, „Grenzenloses Chaos“), vom Bestreben nach inhaltlichen Argumenten ganz zu schweigen. Statt Fragen zu beantworten werden, wenn schon nicht unbedingt Ängste geschürt, zumindest Unsicherheiten erzeugt und Instabilität suggeriert. Dazu kommt, um dem Mainstream und der gesellschaftlichen Mitte zu gefallen, ein bemerkenswerter Konformismus, der Medien (abgesehen von wenigen Nischenprodukten) befallen hat. Da wird regional wie international in kollektive Trauer verfallen, mehr Emotion denn Ratio bedient.

Die eigentliche Frage aber ist, wie evidente gesellschaftliche Themen in einem inter- und intrakulturellen Diskurs überhaupt noch verhandelt werden können. Die Idee einer öffentlichen Debatte löst sich zunehmend auf. Zum einen aufgrund ansteigender (verbaler) Radikalisierung von Gruppierungen, denen es in erster Linie um Konfrontation und Provokation geht, zum anderen aufgrund einer fortschreitenden Fragmentierung von Gesellschaft in eine Vielzahl unterschiedlicher Öffentlichkeiten. Eine gemeinsame kommunikative Klammer – nicht einengend, eher zusammenhaltend definiert – ist uns abhanden gekommen. Wie wir Ereignisse und Begebenheiten, Entwicklungen von Wirtschaft, Politik und Kultur wahrnehmen und interpretieren, hängt immer weniger von institutionalisierten, im günstigsten Fall unabhängigen, Informationsquellen ab. Was immer passiert, ob Flugzeugabsturz, Terroranschlag oder Massenspektakel: Die Kommunikation darüber wird Teil des Ereignisses. An Bedeutung gewinnen virtuelle Gemeinschaften, in denen wir uns bewegen. Dort aber findet in den seltensten Fällen kritischer Journalismus statt. Meinung, subjektive Kommentierung, Ich-Bezogenheit dominieren. Und: Die junge Generation wendet sich in rasantem Tempo ab von klassischen Medien, nutzt hauptsächlich das Internet. Facebook, Twitter, WhatsApp werden als Nachrichtenmedien gedeutet. Etablierte Medien haben das Match gegen das Internet bei jugendlichen Nutzern verloren – sie werden nicht rezipiert. Im Netz frei flottierende Nachrichten oder Inhalte, die voreilig als News bezeichnet werden, erscheinen jungen Menschen attraktiver, weil ungebunden, ungefiltert.

Medien allein die Schuld an prekären Veränderungen zuzuschreiben würde zu kurz greifen. Es ist auch das Publikum, das zu Verkürzungen und Verknappungen, Hybris und Hysterie treibt. Die Leser, die Seher, die Hörer – also wir – wollen alles, jetzt und sofort. Unter solchen Bedingungen seriösen Journalismus zu betreiben, ist undenkbar. Wir selbst sind

somit ein nicht unbeträchtlicher Teil des Problems. Soweit die Diagnose. Und die Perspektiven? – Medienunternehmer und Medienproduzenten müssen erkennen, dass Journalismus in seiner traditionellen Form ein Relikt der Vergangenheit ist. Das Ende der Linearität ist angebrochen. Das Publikum agiert autonom und unberechenbar, konsumiert und nutzt Inhalte flexibel, zeit- und ortsungebunden. Wenn allenthalben von der Strukturkrise der Medien gesprochen wird, dann ist dies nur eine Seite der Medaille. Tatsächlich erleben wir Struktur- und Inhaltskrisen. Soll heißen: Journalismus, wie wir einen solchen heute erleben, ist permanenter Kritik einer hypersensiblen Öffentlichkeit ausgesetzt und muss sich genau deswegen ständig neu bewähren und behaupten. Journalisten können sich auf die vermeintlich „starke Marke“ des jeweiligen Trägermediums nicht mehr verlassen. Öffentlich-rechtliche Medien stehen im Publikumsvertrauen – was Nachrichten und Information anlangt – vergleichsweise noch auf einem tragfähigen Fundament, aber auch dieses bröckelt und erodiert.

Insofern braucht es größte Anstrengungen, glaubwürdigen und seriösen Journalismus nicht zu einer elitären Veranstaltung mutieren zu lassen. Es wird eine der maßgeblichen gesellschaftlichen Aufgaben sein, Journalismus als elementaren Grundwert einer funktionierenden Demokratie nicht nur anzuerkennen, sondern alles zu tun, sein Weiterbestehen zu fördern. Und der Gesetzgeber muss verstehen, dass Restriktionen und Auflagen in der Distribution qualitativ hochwertiger journalistischer Inhalte ein Anachronismus sind. Nicht jene dürfen behindert werden, die nachhaltig Information und Bildung auf ihre Fahnen heften. Vielmehr müssen jene in die Schranken verwiesen werden, die den digitalen Kapitalismus in lichte Höhen treiben. Womöglich eine Utopie, aber jedenfalls eine Vision wert. •

WANDERBILDER UND WANDERSCHRIFTEN

UNIV.-PROF. DR. THOMAS BAUER
UNIVERSITÄT WIEN

Migration – das Thema der letzten Jahre wird das Thema der nächsten Jahre bleiben, wenn auch in wieder wechselnden Kontexten und unter wieder neuen Bedingungen der Auswanderung wie der Einwanderung. Und es wird, soweit es die Aufnahmeländer betrifft, andere und weitere Sektoren des gesellschaftlichen Lebens und der Gesellschaftspolitik beschäftigen als nur die Bereitstellung von Unterkunft, Sicherheit und Erstversorgung und dementsprechend mehr einfordern als nur erste moralische Impulse der Hilfsbereitschaft und bemerkenswerte Rührungen der Zivilgesellschaft. Migration ist kein neues Phänomen, es hat allerdings, bedingt durch akute Kriegsverhältnisse für Betroffene und Beteiligte, zunehmend dramatischere Züge angenommen (vgl. Hadler 2015), war aber immer schon gekennzeichnet vom Leid der individuell Betroffenen, vom Verlust ihrer Heimat oder der Trennung von der Familie und von der Hoffnung auf bessere, vor allem friedlichere Lebensbedingungen. Im Kontext von Globalisierung erreicht das Phänomen auch neue Dimensionen und Bedingungen für die Rückgewinnung von Identität und Würde. In dem Maße, in dem geografische, historische, sprachliche, nationalstaatliche und politisch-administrative Faktoren oder auch kulturelle Traditionen für die Bestimmung von sozialer Identität ihre Grenzschärfe einbüßen (Globalisierung), in dem Maße schieben sich neue, diversitätsdefinierte und vor allem beweglichere und wechselbarere Rahmenfaktoren (vgl. Hipfl 2001, Steininger 2010) in den Vordergrund (Medialisierung / Mediatisierung): Alltagskultur, Bildung, Medien- und Kommunikationsverbindungen, institutionelle oder zivilgesellschaftliche Vernetzung erreichen oft viel eindeutiger die gewünschten Werte von Inklusions- und Identitätsbewusstsein als strukturelle oder regulative Rahmenbedingungen die dies schaffen. Allerdings sind es neben oder nach ethischen Kriterien der Bewertung des Phänomens natürlich auch institutionelle Kriterien, die in das Bewertungsbild miteingeschlossen werden müssen. In diesem Sinne ist es klar, dass das Phänomen der Migration ein staatspolitisches Management braucht, weil es der Nationalstaat ist – seit es ihn gibt und solange es ihn gibt, der hier die Rolle des institutionellen Gegenspielers einnimmt. Es ist dessen Aufgabe zu überlegen, wie mit den meist aus schlechteren Verhältnissen kommenden Menschen umzugehen ist. Die Staatstheorie unterscheidet hier zwischen zwei Ebenen: die außerstaatliche und die innerstaatliche. Unter der außerstaatlichen Ebene sind internationale und zwischenstaatliche

Abkommen zu verstehen, Zuwanderungsbeschränkungen bzw. -erlaubnisse, Erleichterungen, Asylrecht oder etwa die Abkommen innerhalb des EU- bzw. EWR-Raumes. Die innerstaatliche Ebene hingegen regelt die Rechte und Pflichten von Migrantinnen und Migranten, die ihnen innerhalb ihres Niederlassungslandes zugestanden bzw. auferlegt werden: Aufenthaltsrecht, Wohnrecht, Arbeitsrecht, Bildungsrecht, politische Rechte etc. (Treibel 2003: 225 f.).

Migration wird man, wenn es das nicht schon ist, als ein Strukturmerkmal (Signatur) der europäischen Gesellschaft verstehen (lernen) müssen, als eine generative Perspektive für deren strukturelle Entwicklung und gesellschaftspolitische Ausrichtung. Ein europagesellschaftliches Kulturmerkmal ist es schon lange, selbst wenn es Schwierigkeiten macht, dieses durch eine entsprechende Migrations-, Integrations- und Diversitätspolitik kenntlich zu machen. Die nächsten Themen kündigen sich schon an: Integration, Durchmischung, Bildungsanschluss etc. Sie fordern nicht nur die sektorale Politik, sondern alles, was Öffentlichkeit ist, also das Zusammenspiel von institutioneller Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Den Medien wird man in diesem wie auch in anderen Zusammenhängen die Rolle der Vermittlung zumuten (müssen), in besonderer Weise jenen, die sich einem öffentlichen Auftrag verpflichtet wissen: die Vermittlung von Wissen und Verständnis zwischen Betroffenen und Beteiligten, zwischen institutioneller Politik und Zivilgesellschaft, aber auch zwischen den Ideologien, den Mentalitäten, den wechselseitig gestellten Erwartungen und Forderungen, den Hoffnungen und Enttäuschungen auf jeweils beiden Seiten von Betroffenen und Beteiligten. Gerade weil diese Werte so weit in den kulturellen oder auch religiösen Grund von Identität, Selbstwert und Selbstbestimmung reichen, sind sie nur unter komplexer und ebenso fundamentaler Argumentation mit Vorstellungen von demokratischen Grundwerten wie Meinungsfreiheit oder Redefreiheit (Medienfreiheit, journalistische Freiheit) einforderbar. Gerade weil es sich um sehr sensible und dilemmatische Komplexe handelt, lassen sich andererseits auch Gegenspieler ihrer ideologischen, politischen oder ökonomischen Komplizenschaft wegen dazu verleiten, sie bis an oder über die Grenze der Zumutbarkeit auszureizen oder sie trotz des Risikos überzogener Reaktionen zu missachten oder zu verletzen. Alle in diesem Themenfeld eingebetteten Kommunikationswerte fordern ein verantwortungsbewusstes Muster von Medienarbeit, eine qualitätsbewusste Ausrichtung von journalistischer Praxis und eine dem Konzept von Public Value verpflichtete Programmarbeit (Christl / Süssenbacher 2010).

Die Werte allerdings, die hier angesprochen sind, sind nicht einfach Produkte oder Wirkungen von Einfluss oder Zurede, schon gar nicht durch Verordnung regulierbare, sondern sind im Soft-Skills-Bereich angesiedelte Lerngrößen intrinsisch motivierter sozialer Aufmerksamkeit. Sie kennzeichnen Erwartungen der sozialen und kommunikativen Kompetenz und die mit ihr verbundenen sozial-kulturellen Habitate: Verhaltensmuster, Alltagsrituale, Aktionsmuster und Reaktionsmuster im Umgang mit kulturell unterschiedlichen Vorstellungen von Selbstbewusstsein, Eigenwahrnehmung, Fremdwahrnehmung, Würde, Über- und Unterordnung, Distanz und Nähe, Kritik und Anerkennung, Abhängigkeit, Dominanz, Autonomie, individuelle Freiheit und soziale Kontrolle oder auch gender-definierten Situationen. Diese Umgangsmuster werden im Wege sozialer und kultureller Praxis eingeübt, in verschiedenen Kulturen durch verschiedene kommunikative Settings (komplexe Gesten, komplexe Symbole) signalisiert, eingebracht oder eingefordert (vgl. Schütz / Luckmann 2003). Sie dienen als Kontrollinstanzen von Identität, Individualität und sozialer Zugehörigkeit. Sie bekommen vor allem in neuen und ungewohnten, also fremden Umgebungen besondere Bedeutung für die Selbstbeschreibung und für die persönliche Absicherung vor Gesichts- oder Kontrollverlust (vgl. Seligmann 1975). Unter den Bedingungen des Lebens in der Fremde, wie auch des Lebens mit Fremden begegnen sich alle Akteure, betroffene wie beteiligte, in ungewohnten Konstellationen („Feld“ bei Bourdieu), aus denen sie das wechselseitig unterstellte, eingeforderte, in Frage gestellte oder in Prüfung genomene soziale und kulturelle Kapital (vgl. Bourdieu 1992) verteilen oder gegenseitig aufrechnen. Auf dem Spiel stehen – da wie dort – nicht nur irgendwelche kulturellen Traditionen oder Programme, sondern grundsätzlich symbolisches Kapital: kulturelle Deutungen von individuellen und sozialen Existenzprogrammen als Währung(sreserve) für Selbstwert und Selbstwertdarstellung.

Die Zahl der Flüchtlinge, deren offenkundig unerwartetes Auftreten in anschwellend großen Mengen sowie deren offensichtliche Hilfsbedürftigkeit hat die europäische Gesellschaft ziemlich aufgeschreckt (vgl. Hadler 2015). Das politisch-institutionelle Europa war darauf nicht vorbereitet oder wollte sich nicht darauf einstellen. Es hat dementsprechend chaotisch und zum Teil auch in Grundwertfragen auffallend widersprüchlich reagiert: Es lief im Kreis zwischen struktureller Hilflosigkeit, politischer Zögerlichkeit, ideologischer Rigidität und administrativer Überforderung, gekennzeichnet von moralischem Stress und Selbstmitleid, lediglich durchbrochen von herzhaften Aufbrüchen und Auftritten der Zivilgesellschaft. In Europa hat man ähnliche Szenen in den späten Jahren des vorigen Jahrhunderts wohl schon erlebt (Ungarn, DDR,

Bosnien), aber sie haben damals noch nicht Europa als Gemeinschaft betroffen. Szenen wie diese nun, die zeigen, wie Menschen in langen und dichten Reihen Straßen bevölkern, an den Grenzen Europas ankommen und so unter nur notdürftigen Bedingungen Einlass finden und dabei gar nicht aufgehalten werden können, wurden bisher so nicht gesehen und so nicht wahrgenommen, vor allem so noch nicht aus nächster Nähe ferngesehen: gewissermaßen zeitgleich in eigener Annehmlichkeit relativ gut eingerichtet mit Bildern konfrontiert, die man in einer politisch wohl verwalteten Welt und in einem Europa der weithin garantierten Sicherheit sich so nicht ausdenken wollte und nicht ausmalen konnte. Die Medien, vor allem deren Bilder machen es möglich: Flucht, Fremde, Heimatlosigkeit, das alltägliche Leben im Modus unentwegten Wanderns mit all den Fallstricken, den Absperrungen, den Abweisungen und Abschiebungen. Und Europa erstarrt im Modus des Überführten, im weitsichtigen Blick auf das fremde Geschehen, im bizarren Streit um seine Pflichten, im nervösen Berechnen seiner Ressourcen und im heiseren Gestammel um seine Werte, seine Errungenschaften und seine politische, soziale und moralische Größe. Es übt sich im Schließen von Schultern und Grenzen genauso wie im Gestus von spontaner Gastfreundschaft oder in der Maskierung von Abschreckung, Eigenbrötlerei und Fremdenhass.

Es ist unbestritten, dass das gesamte Erscheinungsbild der vielen Menschen auf der Flucht – ob in überfüllten Fluchtbooten oder bei Fluchtwanderungen mit all den durchsickernden Einzelschicksalen – vor allem davon gekennzeichnet ist, wie dieses sich zwischen den Kontinenten abspielende Drama journalistisch beobachtet, interpretiert und gezeichnet wird. Dabei spielen individuell-journalistische Sichtweisen, Haltungen, Deutungen und Interessen ebenso eine Rolle wie die durch lokale und internationale Medienorganisationen verallgemeinerten und standardisierten Blockberichte und deren verdichtete und oftmals selbst über internationale Strecken konkordante Darstellungen, Deutungen oder auch Dramatisierungen. Am Ende wissen Rezipientinnen und Rezipienten nur, was ihnen zu lesen, zu sehen und zu hören gegeben wurde (vgl. Luhmann 2004). Da das gesellschaftliche Universum von dessen Dialogen, Diskursen und Konversationen konstituiert wird, diese aber erst im Kontext des Mediengebrauchs und daher immer medientypisch in Szene gesetzt werden, ist alles gesellschaftlich generierte und verteilte Wissen (Erfahrung, Beobachtung, Deutung, Interpretation) medial kontextualisiertes Wissen: Die Welt, was sie ist und was sie bedeutet, entsteht und besteht im Kontext der Mediengesellschaft im Framing von Medien bzw. von den bestimmenden Akteuren. Obwohl die Rezipientinnen und Rezipienten nicht Zeugen des Geschehens, sondern von dessen

selektiver Repräsentation sind, glauben sie umso mehr schon alles zu wissen, je mehr das Minimum an Information mit stereotyper und affirmativer Meinung aufgeladen ist. Trotzdem: Die Realität ist ihnen soweit geläufig als sie über Medien konstruiert wird. In dem, was Rezipienten zu wissen meinen, sind sie abhängig von den verallgemeinerten Frames, in denen der ebenso verallgemeinerte (globalisierte) Journalismus Einzelereignisse zu einem thematisch definierten Diskurs konfiguriert, hier unter der Signatur „Flüchtlingskrise“.

Im Augenblick sind es andere, vielleicht vordergründigere Aspekte, die zu denken geben, weil sie im Rahmen nationaler und transnationaler Kooperation koordiniert werden müssen: Europa konzentriert sich auf Fragen von Versorgung, Quoten der Verteilung, Sicherheit oder markt- und arbeitsplatzaffine Integration. Das hat mit den überfalls- und fluchtartigen Rahmenbedingungen zu tun, in denen sich das Phänomen der großen Wanderung abspielt. In Europas Medien nennt man das – vielleicht etwas unbedacht – die „Flüchtlingskrise“. Der kontextuelle Sprach- und Bildgebrauch (Flüchtlingsstrom, Ansturm, Fluchtwellen, Massenandrang, Auffanglager, Menschenmassen vor und hinter Zäunen etc.) lässt auf einen Subtext schließen, der mehr die Betroffenheit, die Überraschung und die Belastung aufrechnet, als er in der Lage wäre ein Konzept der Vorbereitung, der Aufnahme oder der Selbstverständlichkeit zu kennzeichnen. Das soll wiederum nur so weit überraschen als es deutlich macht, dass man lange genug und so lange es eben noch ging, an dem sich schon länger abzeichnenden Phänomen vorbeizuschauen, vorbeizureden und vorbeizuschreiben versuchte. Die Politik, so muss man vermuten, hat dies getan, um nicht (wie sie oft sagt) Belastungen herbeizureden. Die Medien, oder besser gesagt: Die journalistische Praxis, so muss man hier vermuten, war mitunter weniger an einer Analyse, mehr an Geschichten interessiert, haben aus ersten Andeutungen einer in Bewegung geratenden Völkerwanderung, die Dramen der Bootsflüchtlinge in Italien, später in Griechenland zu lange im Stil des Storytellings als Einzelgeschichten eventfertig gemacht anstatt aus dem sich häufenden Phänomen einen entsprechend öffentlich-nachhaltigen und analytisch gestützten Diskurs zu stricken. Zu lange blieb der globale Horizont des Geschehens unbelichtet. Hinterher, was natürlich leichter ist, würde man gerne die prophetisch-kritische Stimme des Journalismus früher eingefordert haben als sie sich tatsächlich erhoben hat.

Die Aufmerksamkeit der Gesellschaft hängt in einer weithin im Modus der Medien funktionierenden Gesellschaft von der Wachsamkeit des Journalismus (in dessen Hard- und Soft-Skill-Formen) ab. Klarerweise gilt es auch hier die Unterschiede wahrzunehmen und auf sie zu

setzen: Der produktive wie der konsumtive Gebrauch linearer Medien folgt einem anderen Wachsamkeits- bzw. Aufmerksamkeitsmodell als dem in Netzmedien. Das strukturelle Delegations- und Distributionsmodell des Journalismus in linearen Medienwelten wird in sozialen Netzwelten unterbrochen, kasualisiert und heterarchisiert. Dem entsprechend sind auch die Qualitätsproblemzonen unterschiedlich zu beschreiben und unterschiedlich zu bewerten. Mittlerweile aber weiß man – nicht zuletzt im Blick auf die mediale Reaktion auf die Flüchtlingswanderung, dass es beide Medienkonfigurationen braucht, um das, was sich als Gesellschaft versteht, vor allem im Falle der Krise kommunikativ hinreichend zu versorgen und zu vernetzen. Die zivilgesellschaftliche Reaktion war in Österreich und in Deutschland auf Basis des Netzmedienaustausches schneller, effektiver, unbürokratischer und vor allem freundlicher und empathischer aufgestellt als es öffentlichen Einrichtungen gelungen ist, die ihren Handlungsbedarf (immer noch) stärker an dem Öffentlichkeitsbild bzw. an der öffentlichen Auseinandersetzung, soweit sie von linearen, traditionellen Medien getragen wird, ausrichten. Umgekehrt lässt sich aber feststellen, dass etablierte Medien, hier vor allem der ORF, neben der und über die reine Berichterstattung hinaus als Medium mit öffentlichem Auftrag das nachhaltigere – mit anderen Konditionen der strukturellen Vernetzung ausgestattete – Modell der Hilfestellung über den spontanen Moment hinauseichend aufgestellt hat. Daraus ließe sich, wie schon bemerkt, lernen, dass für den Fall welcher Krise auch immer, ein Management der Kooperation beider Medienwelten Sinn machen würde: die Verknüpfung von Spontaneität und Nachhaltigkeit sowie von Intuition und System. Das wiederum langfristig und nachhaltig zu ermöglichen wäre eine Vorsorge, die politische Einrichtungen wahrzunehmen hätten.

Die Krisenvorsorge auf Seiten der Medien, speziell im Kontext journalistischen Handelns, vollzieht sich in einer anderen Arena: im Programmmanagement einerseits, im journalistischen Selbstverständnis andererseits. Die Printmedien in Österreich haben je nach Qualitätszuordnung den Erwartungen entsprechend reagiert: Während die Boulevardpresse auf Sensationalisierung, punktuelle Dramatisierung, Eventisierung und Trivialisierung setzte, fanden sich in den Qualitätsmedien, neben und nach ersten Berichten und mehr oder minder ausführlichen Reportagen, auch inhaltlich substanzielle und perspektivische Analysen, Einschätzungen und Kommentare, die die komplexen Zusammenhänge verständlich zu machen versuchten. In diesem Zusammenhang der Bewertung journalistischer Handlungsoptionen – Reduktion oder Produktion von Komplexität – wird gerne die Nachrichtenfaktoren-Theorie zur Rate gezogen, die wohl empirisch getestet (vgl. Schulz 1976) behauptet, einen Katalog

von Faktoren und deren Korrelationen von Variablen zu kennen, denen entsprechend Rezipientinnen und Rezipienten bestimmte Merkmale erfüllt sehen wollen (müssen), um eine Information für sie als Nachrichtenswert zu deuten oder sie auszublenden. Die Nachrichtenswert-Theorie weiß wohl, dass der News-Wert nicht eigentlich dem Geschehen eignet, sondern der Geschehensbeobachtung. Es ist das der Beobachtung eingemischte Interesse – und hier eben die Vermutung verschiedener Grade und Gründe der Betroffenheit, die, wenn man sie in der journalistischen Praxis für Rezipientinnen und Rezipienten merkbar berücksichtigt, eine solche auch herstellen oder aufrufen kann (vgl. Bauer 2011). Abgesehen von der Problematik trivial angewandter Psychologie, Theorien der kommunikativen Wahrnehmung wie Mechanismen für den vermuteten Erfolg der Praxis ausschöpfen zu können, sind solche Theorien erkenntnistheoretisch problematisch: Sie dienen einem pragmatischen Paradigma von eigentlich ambivalentem Erfolg, sie verkommen im Gebrauch der Praxis zu simplen How-to-do-Handhabung (Manipulation – sic!) und leisten einer affirmativen Berichterstattung (worin die Leserinnen und Leser, Seherinnen und Seher sowie Hörerinnen und Hörer sich eben gerne bestätigt wissen wollen) gedankenlos Vorschub.

In solchen Kontexten stellt sich natürlich immer die Frage nach der Zumutbarkeit von Komplexität. Eine der Qualitätsforderungen dürfte im Falle solcher Krisenphänomene, die eben nicht (nur) von Institutionen der Politik oder der Wirtschaft, sondern von der gesamten Gesellschaft zu bewältigen sind, zwischen Reduktion und Produktion ein kommunikatives Vernunftmodell möglich sein: das der Fokussierung auf Komplexität (Bauer 2014:312 f.) verstanden als bewusst gesteuerte Aufmerksamkeit auf komplexe Zusammenhänge, vor allem in klarer, empirischer und analytischer Beschreibung (vgl. Hadler 2015). Auf der Basis der analytischen Arbeit (Kompetenz) kann der Journalismus seiner Funktion als Katalysator gerecht werden. Insbesondere bei Krisenthemen wären oder sind alle Versuche der Komplexitätsreduktion (alle üblichen Formen der sogenannten Einfachdarstellung im Stile von Stories und stereotypem Framing) kontraproduktiv. Wenn also der Journalismus es nicht fertig bringt, den Medienrezipientinnen und Medienrezipienten die Komplexität (die Verwirrung der möglichen Deutungen oder Bedeutungen) nahe zu bringen, dann wird die Rezipient oder der Rezipient eben ihre/seine eigenen Muster von Deutung, Zuordnung und Wertung bzw. jene ihres/seines mental eingeübten Lebenszusammenhangs zu Rate ziehen (müssen), was immer heißt: Sie/er wählt jene, in denen sie/er gelernt hat sich sicher zu fühlen und unter Kontrolle zu haben. Für den praktischen – hier den österreichischen – Journalismus, im Kontext der laufenden Ereignisse schon eingeübt in die Rhetorik der Katastrophe („Lässt sich ein

Grexit noch verhindern?“), aber doch auch schon ermüdet und gelangweilt vom Kreislaufthema Griechenland, ist dieses Volumen an sich überbietendem Geschehen mit so viel ausreizbaren Facetten zum einen eine willkommene thematische Abwechslung, zum andern eine unwillkürliche Beute auf der Jagd nach Neuem, gewissermaßen ein „gefundenes Fressen“ und der gierig und begehrtlich genommene Anlass, Trophäen zu sammeln und zur Schau zu stellen. Der simple, sich durch die populistische Darstellung des Ereignisses legitimierende Journalismus – wie man ihn aus den Boulevardmedien kennt, macht aus all dem auf seine Weise getrickst-gekonnt einen auf Dauer gestreckten „Aufmacher“, einen Medienevent: Er macht das Geschehen im Wortumdrehen zum Ereignis, um dieses als Nachricht zu kennzeichnen. Die so genannte Nachrichtenwert-Theorie (vgl. Schulz 1976) erweist sich – von Theoretikerinnen und Theoretikern gerne funktional interpretiert, von Praktikerinnen und Praktikern dann normativ-pragmatisch bemüht („muss man ja“, „kann man doch nicht“...) – als eine, wie zuvor schon gesagt, affirmative Theorie. Sie wird im Zusammenhang mit der Frage nach der Qualität des Journalismus noch kritisch zu werten sein. Die Fokussierung auf Komplexität im journalistischen Kontext zu verweigern, leistet einem affirmativen Journalismus bzw. einem regressiven und repressiven Mediengebrauch (vgl. Enzensberger 1997) Vorschub. Die Krisenfähigkeit des Journalismus liegt in dessen Wachsamkeit gegenüber Krisenphänomenen, vor allem, wenn und solange sie auf leisen Sohlen kommen, aber: eben kommen. Das gewissermaßen seismographische Talent macht die deontologische Qualität des Journalismus aus. Recherche, Gegenrecherche, Quellenkritik und Unterscheidung zwischen Nachricht und Meinung folgen nicht einem Paradigma der Praxis, sondern dem der Qualität journalistischen Beruf(ung)verständnisses. Ausgleich, Vergleich, Vermittlung, Unterscheidung, Abwägung und Gewichtung sind nicht Qualitäten der Ereignisse oder der Fakten, sondern ihrer Deutung und ihrer Einbettung in Deutungskontexte, die je nach journalistischen Kulturräumen (vgl. Machil 1997, Kopper/Mancini 2004) explizit oder implizit eingebracht werden.

Krisen sind – ähnlich dem Begriff der Komplexität – nicht Eigenschaften der Ereignisse selbst, sondern, weil man sie sinngemäß einordnen will oder muss, Deutungsmuster, die man aus Programmen (vgl. Schmidt 2006: 23f.) oder aus dem kollektiven Gedächtnis wachruft. Sie sind selektiv wachgerufene Eigenschaften und Zuordnungen von deren Deutung. Krisen sind in diesem Sinne kein natürliches, sondern ein kulturelles, weil Deutungsphänomen – und als solches auch kulturell, kommunikativ steuerbar. Sollte hier im Kontext der Betrachtung von journalistischer Qualität das Postulat von Objektivität eine Rolle spielen, dann geht es –

logisch – gar nicht um die Objektivität der Geschehnisse und Fakten, sondern um die Transparenz von Information, Kommunikation und Selektion, der Zuordnung und des Framings (vgl. Dahinden 2006). Weil es im Falle von Krisen Betroffene und Beteiligte gibt, kann Objektivität nicht als ein Konzept von wertfreier Berichterstattung aufgefasst werden wie umgekehrt das Konzept eines anwaltschaftlichen Journalismus nicht als einseitige Wertung oder als einseitiges Eintreten für die Rechte nur einer Partei ausgelegt werden muss, sondern als Anwaltschaft der sachlichen Problembeschreibung wie der sachlichen Wertung der Problemlösungsmodelle. Das Wachrufen von möglichen Deutungen von Ereignissen kann nicht als Verletzung von Objektivität gewertet werden, wenn und solange solche Deutungen transparent und den Wahrheitsätzen dialogisch-dialektischer Kommunikation entsprechend argumentiert werden (vgl. Bauer 2014: 309, 339, Flusser 1968: 33, 45). Denn das Wachrufen von Krisen, so paradox das einer wie immer begründeten, Objektivitätsforderung gegenüber sein mag, ist eine dem Journalismus unterstellbare und seiner gesellschaftlichen Position zumutbare Kompetenzerwartung. Die prophetische Aufgabe des Journalismus in so weitreichenden Themenkomplexen liegt nicht in dessen Fähigkeit der Vorhersage, aber doch, um den Begriff linguistisch treffender zu übersetzen (vgl. Bauer 2014: 314), in dessen Fähigkeit hervorzusagen, was Politik, Gesellschaft, Ökonomie oder Ideologie – zumindest im Moment des Geschehens – lieber nicht wahrhaben (sagen) wollen. Eine solche Forderung kann man nur stellen im theoretischen Vertrauen (Glaubwürdigkeit) auf die Kompetenz (Zuständigkeit, Fähigkeit, Fertigkeit, Verantwortung – vgl. Bauer 2014: 200 ff.) des Journalismus. Glaubwürdigkeit auf der Basis von Kompetenz ist die ethische Währung des Journalismus. Wenn es theoretisch zutrifft, dass in einer Mediengesellschaft die Gesellschaft die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der Kommunikation, sowie das Wissen um Probleme und das Wissen um deren mögliche Lösungen in den Modus der Medien (z.B. Technologie, Ökonomie, Organisation von Recherche, Selektion, Agenda-Setting, Öffentlichkeit, Distribution, Netzwerk) delegiert und – mit allen praktischen Abstrichen an theoretisch möglicher Qualität – dieser Referenz vertraut (vgl. Bauer 2014: 319 ff.), dann bleibt es die gesellschaftliche Zumutung an den gesellschaftlich organisierten bzw. professionellen Journalismus (in all seinen Organisations- oder Intuitionsmustern) sich dieser Erwartung mit entsprechender Kompetenz und Qualität zu stellen bzw. verpflichtet zu wissen.

Generell treten Schwächesymptome im Kontext von Krisen deutlicher als sonst zu Tage. Das gilt auch für das politische, das soziale und das kulturelle Konstrukt Europa. Die politisch-strukturelle, erst recht die politisch-kulturelle Schwäche Europas, vor allem aber dessen lokale

Anfälligkeit für programmatischen Widersinn, historische Ignoranz und transnationale Indolenz wurden im Hinblick auf all die längerfristigen, wie auch aktuellen Krisen jenseits seiner geografischen oder historischen Grenzen überdeutlich: Die finanzielle Rekonstruktion Griechenlands und die Fluchtwanderungen aus dem Nahen und Mittleren Osten bzw. aus Afrika – Themen die sich Jahr 2015 zuspitzten – haben nicht nur die politischen Institutionen gefordert, sondern auch die Medien bzw. ganz allgemein den europäischen Journalismus. Selbst wenn es diesen – so kennzeichenbar – noch nicht gibt, Europa braucht ihn bzw. ein solches Rahmenprogramm als kommunikative Referenz seiner, in größeren Zusammenhängen gedachten, Selbstauffassung. Die Kleinteiligkeit und Kleinkrämerei, die man immer wieder als Problem und Hindernis im politischen Handlungszusammenhang feststellt, spiegelt sich auch im Medienbereich und ist auch dort für die Entwicklung einer integrativen und öffentlichkeitsrelevanten Europa-Auffassung ebenso hinderlich und problematisch. Die nationalstaatlich (in Österreich überdies: kleinstaatlich) strukturierten Medien verstehen sich samt und sonders als Referenzsysteme nationalen Identitätsbewusstseins. Die Einbettung dieser national definierten Identitätsprogramme in ein übergreifendes, europäisches Referenzmuster ist bisher nicht gelungen und macht sich besonders im Falle von lokal oder regional definierten Krisenfällen als politisch-moralische Schwäche des Europa-Modells bemerkbar. Wenn die Theorie stimmt, dass Identitäten in Mediengesellschaften mehr durch den Mediengebrauch gebildet werden, also mehr durch bewegliche und sich ändernde Referenz- und Kommunikationszusammenhänge als durch strukturell fixierte Rahmungen wie geografische, sprachliche, religiöse oder historisch-kulturelle Grenzlinien (vgl. Hipfl 2001), dann müsste das europäische Mediensystem sich dieser Zumutung viel bewusster und entschlossener stellen als sie es bisher getan hat (vgl. Langenbacher / Latzer 2006). Die durch das Flüchtlingsdrama ausgelöste Krise ist nicht eine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der europäischen Kohäsions- und Kommunikationskultur, die auch in anderen ähnlichen kritischen Kontexten ähnliche Symptome bilden würde. Die Krise, welcher Art auch immer, nun aber die der Migration, wird ein kritisches Moment Europas und damit des europäischen Journalismus bleiben. Die Anregung ist, im Kontext des Migrationsthemas, die Europa-Ausrichtung der journalistischen Berichterstattung, der Analyse und der Kommentierung als eines der entscheidenden Merkmale in den Kanon der Qualitätsfaktoren auszuweisen. Das allerdings ist, wie schon angedeutet, nicht nur eine Frage journalistischer Ausbildung oder der kategorialen journalistischen Praxis, sondern auch der Entwicklung der medialen Arbeitsumgebungen.

Darüber hinaus bedarf es aber auch eines Rahmenverständnisses von Europa, das nicht (nur) geografisch, sondern geopolitisch bzw. nachbarschaftspolitisch definiert ist und aus eben diesem Grunde auch journalistische Relevanz hat. Auch hier ist das politisch-gesellschaftliche Europa abhängig von dessen journalistischer Reflexion und Darstellung. Umgeben von solch komplexen Krisen wie sie im Nahen Osten, in den arabischen Ländern oder in Nordafrika schwelen, müsste ein aufgeklärtes Europa wissen und sich dessen bewusst sein, dass es seine Grenzen nicht als ein Programm von Abgrenzung oder Abschottung verstehen kann, sondern als Kennzeichnung seiner Verbindung und mehr: seiner Verbundenheit zu anderen kulturellen, sozialen und gesellschaftspolitischen Landschaften. Ein dieser Orientierung folgendes Grenzmanagement wäre zumindest im journalistischen Handlungszusammenhang nicht von Abgrenzung, sondern von Verbindung gekennzeichnet und wäre ein integrales Moment der journalistischen Beschreibung Europas. Das passiert, wenn man die österreichische Berichterstattung summarisch betrachtet, wohl, vielleicht aber, wenn man die gegenwärtige Krise ins Auge fasst, dann doch nicht konsequent genug. Denn nicht erst jetzt, da man keine andere Alternative mehr sieht, sondern längst zuvor, also grundsätzlich, hätte Europa sich bewusst machen müssen, dass Migration schon dort, wo sie anfängt und verursacht wird, mehr ist als ein politisch, irgendwie hinzunehmendes, Phänomen: Im Sinne der Nachbarschaft sind die Probleme, die ein Nachbar hat und Europa damit Probleme macht, Europas Probleme. Migration ist dann schon dort, wo und wie sie beginnt, ein struktureller Faktor der politischen Beschreibung der europäischen Gemeinschaft. Wenn es der europäischen Gemeinschaft wichtig ist, eine politische, soziale und kulturelle Landschaft des Wohlstands und des sozialen Friedens zu sein, dann muss es mit dieser Idee nach außen treten und sie außen vertreten, was heißt: es muss seine geografische wie auch die politische und kulturelle Umgebung in dieses Programm einbeziehen, um der dialektischen Logik des Teilens zu entsprechen: Wer anbietet oder gibt, bekommt, wer nimmt oder wer verweigert, verliert.

In dieser Logik begründet es sich, Migration als Beschreibungsmetapher einer Chance, wenn auch einer ziemlich fordernden zu verstehen. Migration ist in dieser normativ-theoretischen Logik wie ein sozial-politisches Konzept zu verstehen, in dessen Rahmung das strukturelle Selbstverständnis von Gesellschaften nicht ohne den Einschluss der Wanderbewegungen und deren Folgen für den kulturellen Wandel als dynamische Größe ihrer Konstitution beschrieben werden kann. Gesellschaftstheoretische Konzepte der Nomadologie bzw. des Nomadismus, selbst wenn oder gerade weil sie primär im medien- und kunsttheoretischen Kontext

aufgegriffen bzw. weitergedacht wurden (vgl. Flusser 1995, Haberl 1995, 1995, Hepp 2008: 81, Macho 1995), haben auf die intrinsische Kraft der Veränderung und der laufend (fluide) in Acht genommenen Unterbrechung von gesellschaftlichen Routinen hingewiesen. Ihre anthropologische Auffassung von Gesellschaft wurde, wenn auch theoretisch, anders eingeordnet, unter anderem auch von der Systemtheorie und deren Konzept von der generativen Energie von Systemen (Autopoiese – vgl. Luhmann 1986) aufgrund der Unterscheidung von und der Anpassung an Umwelten gestützt: Gesellschaften sind Vorstellungsmodelle der Organisation von Gesellschaftlichkeit und sozialem Zusammenhalt auf der Basis ihrer durch Kommunikation begründeten und gestalteten Beziehungen. Kommunikation und Gesellschaft sind als Vorstellungsmodelle von Sozietät und Soziabilität aufeinander verwiesen. Sie bedingen einander, die eine Größe lässt sich ohne die andere nicht beschreiben (Bauer 2014: 9, Schmidt 2004: 17): es sind die Muster der Kommunikation der Gesellschaft, die Gesellschaften in Bewegung halten und umgekehrt: Es sind die Muster der (sozialen Organisation) der Gesellschaft, die ihre Kommunikation in Bewegung halten, also auf Variabilität und Diversität einstellen oder dies eben unterbinden.

Beide Größen, Kommunikation und Gesellschaft sind theoretisch dynamisch gedacht als Muster des sozialen Wandels: der immer möglichen notwendigen Veränderung, die den Bestand sichert und Gesellschaften davor schützt, am Ende einerseits in Selbstbezüglichkeit, Selbstgefälligkeit und Selbstgenügsamkeit strukturell zu ermüden oder andererseits aus Mangel an kommunikativem Austausch kulturell zu vereinsamen oder auszutrocknen. In diesem Sinne ist der politische bzw. soziale Umgang mit Migration, weil verbunden mit Austausch, Auseinandersetzung und Impulsen der Veränderung, eine Frage der kommunikativen Hygiene der Gesellschaft. Die kommunikative Hygiene der Gesellschaft versteht sich nicht als klinische oder gar antiseptische Reinhaltung, sondern gerade umgekehrt: als gesellschaftliche Hygiene von Kommunikation, verstanden als das Bemühen um ein gesellschafts-, öffentlichkeits- und medienpolitisches Klima von und für diskursive Diversität, Dialektik und transkulturelle Aufmerksamkeit. •

LITERATUR

- Berger, Peter L./ Luckmann, Thomas (1980):** Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt am Main: Fischer
- Bauer, Thomas A. (2011):** Globalisierung aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht. In: Drorák, Johann / Mückler, Hermann (Hg.): Staat – Globalisierung – Migration. Wien: Facultas, S. 133 - 158
- Bauer, Thomas A. (2014):** Kommunikation wissenschaftlich denken. Perspektiven einer kontextuellen Theorie gesellschaftlicher Verständigung. Wien: Böhlau
- Bourdieu, Pierre (1992):** Die verborgenen Mechanismen der Macht. VSA-Verlag Hamburg.
- Christl, Reinhard / Süßenbacher, Daniela (Hrsg.) (2010):** Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Europa. ORF, BBC, ARD & Co auf der Suche nach dem Public Value. Wien: Falter Verlag
- Dahinden, Urs (2006):** Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Konstanz: UVK
- Enzensberger, Hans Magnus (1997):** Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Glotz, Peter (Hg.) Baukasten zu einer Theorie der Medien. Kritische Diskurse zur Pressefreiheit. München: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 97–132.
- Flusser, Vilém (1995):** Nomaden. In: Habermas, Jürgen / Reif, Klaus (Hg.): Nomadologie der Neunziger. Steirischer Herbst 1990 – 1995. Graz : Styria, S. 31-57
- Flusser, Vilém (1997):** Medienkultur. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- Flusser, Vilém (1998):** Kommunikologie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- Flusser, Vilém (2009):** Kommunikologie weiter denken. Die „Bochumer Vorlesungen“. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- Haberl, Horst Georg (1995):** Das nomadische Prinzip. In: Habermas, Jürgen / Reif, Klaus (Hg.): Nomadologie der Neunziger. Steirischer Herbst 1990 – 1995. Graz : Styria, S. 9 - 18
- Hipfl, Brigitte (2001):** Medien-Identitäten. Identifikationen, Imaginationen, Phantasien. In: Busch, Brigitta / Hipfl, Brigitte / Robins, Kevin (Hrsg): Bewegte Identitäten. Klagenfurt: Drava Verlag, S. 47 - 70
- Hadler, Simon (2015):** Die Angst vor dem Ansturm. München: Hanser Verlag / Hanser Box
- Kopper, Gerd / Mancini, Paolo, Hrsg. (2004):** Kulturen des Journalismus und politische Systeme. Berlin: Informationskultur in Europa, Bd 3
- Langenbacher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.) (2006):** Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag, S. 276-285
- Luhmann, Niklas (1986):** The Autopoiesis of Social Systems. In : Geyer, Felix / Van der Zouwen (Hg.): Sociocybernetic Paradoxes. Observation, Control , and Evolution of Self-steering Systems. London: Sage
- Luhmann, Niklas (2004):** Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Machill, Marcel, Hrsg. (1997):** Journalistische Kultur. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Macho, H. Thomas (1995):** Fluchtgedanken. In: Habermas, Jürgen / Reif, Klaus (Hg.): Nomadologie der Neunziger. Steirischer Herbst 1990 – 1995. Graz : Styria S. 93-110
- Schmidt, Siegfried J. (2003):** Geschichten & Diskurse. Abschied vom Konstruktivismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Schmidt, Siegfried J. (2004):** Unternehmenskultur. Die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft
- Schmidt, Siegfried J. (2006):** Eine Kultur der Kulturen. In: Jacke, Christoph / Kimminich, Eva / Schmidt, Siegfried J. (Hg.): Kulturschutz. Über das Recycling von Theorien und Kulturen. Bielefeld: Transscript Verlag
- Haberl, Horst Georg / Strasser, Peter (1995):** Nomadologie der Neunziger. Steirischer Herbst 1990 – 1995. Graz : Styria,
- Schütz, Alfred (1972):** Der Fremde. Ein sozialpsychologischer Versuch. In: Schütz, Alfred: Gesammelte Aufsätze. Bd.2: Studien zur soziologischen Theorie. Den Haag, S. 53 - 69
- Schütz, Alfred/ Luckmann, Thomas (2003):** Strukturen der Lebenswelt. UVK Konstanz.
- Schulz, Winfried (1976):** Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien: Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg/ München (1. Auflage)
- Seligmann, Martin E.P. (1975):** Helplessness. On Depression, Development, and Death. San Francisco: Freeman and Comp.
- Steininger, Christian (2010):** Identität und mediale Selbstentfaltung. Vorüberlegungen zu den kollektiven Grundlagen des europäischen Sozialraums. In: Klaus, Elisabeth, Clemens Sedmak, Ricarda Drüeke and Gottfried Schweiger (Hrsg.), Identität und Inklusion im europäischen Sozialraum. Wiesbaden : VS Verlag, S. 27-45.
- Treibel, Annette (2003):** Migration in modernen Gesellschaften. In: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. München: Juventa Verlag, S. 225-237.

HATE SPEECH

DR.^{IN} LIRIAM SPONHOLZ
ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

In den sozialen Netzwerken wettern private und öffentliche Personen zunehmend ungehemmt gegen Flüchtlinge, Ausländer oder Frauen. Prominente Akteure befeuern ihrerseits mit unsäglichen Statements in der Öffentlichkeit diese feindliche Stimmungsmache. So beschimpft ein FPÖ-Angeordneter protestierende Flüchtlinge als „Erd- und Höhlenmenschen“, während ein Facebook-User anmerkt, dass der geplante Grenzzaun wohl nur funktioniere, „(...) wenn man dann vielleicht noch ein bisschen Strom reinschickt.“ Hate Speech, so scheint es, erlebt derzeit eine Renaissance.

Hate Speech besteht stets aus intentionalen, öffentlichen Äußerungen oder Botschaften mit gruppenbezogenen menschenfeindlichen Inhalten. Im Kern handelt es sich um eine Form der kommunikativen Herstellung menschlicher Minderwertigkeit. Dabei werden bewusst Antinomien aktiviert, in denen unterschiedliche Gruppen von Menschen als ungleichwertige und exklusive Gegensätze gezeigt werden. Treffen kann es viele, vor allem Migranten, Frauen, Muslime, Juden oder Homosexuelle.

Anders als der Name nahelegt, resultiert Hate Speech nicht aus einem emotionalen Aufruhr, braucht keinen eigenen Wortschatz (Schimpfwörter) und besitzt nicht nur Ausdrucksfunktion. Stattdessen – und darin liegt der Unterschied zu Beschimpfungen, die rein affektierte, irrationale Handlungen darstellen – ist Hate Speech nicht nur intentional, sondern stets auch (zweck-) rational.

In der Intentionalität liegt auch der Unterschied zu anderen Formen symbolischer Diskriminierung. Deren Ergebnis kann zwar auch die Herstellung menschlicher Ungleichwertigkeit sein, es ist aber anders als im Falle von Hate Speech nicht intendiert. Beispielhaft dafür steht die Stigmatisierung von Muslimen, wenn diese in den Medien stets im Zusammenhang mit Terrorismus dargestellt werden.

Hate Speech stellt die öffentlich-rechtlichen Medien heute vor allem aufgrund des Wandels der politischen Rahmenbedingungen vor eine Herausforderung: Während in der Vergangenheit diejenigen, die sich derart äußerten, nahezu ausschließlich in „Online Hate Groups“ zu finden waren, wurden die Vertreter von Ungleichheitstheorien im Zuge der Etablierung rechtspopulistischer Parteien als öffentliche Sprechern

legitimiert. Diese prominenten Stimmungsmacher haben wenig Scheu davor, im Rahmen ihrer politischen Kommunikation offen von Hate Speech Gebrauch zu machen. Wie aber sollen oder können öffentlich-rechtlichen Medien damit umgehen, wenn die Hassprediger politisch etablierte Akteure sind?

Verstärkend wirkt dabei, dass die Erweiterung der Öffentlichkeit auf soziale Netzwerke zu mehr Vielfalt unter den Sprechern führte, was sowohl deren Anzahl als auch deren Qualität betrifft. Ein jeder bekommt das Wort, ohne die soziale Verantwortung öffentlicher Sprecher zu tragen. Die sozialen Netzwerke erschweren ihrerseits die Situation, indem sie die Grenzen zwischen privater und öffentlicher Sphäre verwischen. Hinzu kommt, dass Hate Speech bestehende medienethische Ansprüche für seine Zwecke instrumentalisieren kann. Das erfolgt vor allem durch die Instrumentalisierung des Prinzips der Offenheit, das eine allgemeine Zugänglichkeit der Medienöffentlichkeit für alle Themen und Sprecher postuliert, und des normativen Anspruchs der kommunikativen Rationalität, wonach Argumente diskursiv zu überprüfen seien, bzw. stets pro und contra-Meinungen zu hören sind.

Hate Speech zu thematisieren bedeutet zunächst einmal nicht automatisch, diese Botschaften zu fördern oder zu legitimieren. Darüber entscheidet vielmehr der Umgang mit derartigen Äußerungen: Stufen Medien diese als Normverstöße ein und lösen so Skandale aus, können sie vielmehr dazu beitragen, Hate Speech die Legitimität zu nehmen. Das Problem liegt darin, die Inhalte solcher Aussagen in den Medien zu diskutieren bzw. zu problematisieren. Die Inhalte von Hate Speech stellen aufgrund ihrer inhumanen Stoßrichtung keine legitimen demokratietheoretischen Streitfragen dar, wie sie etwa aus den Antinomien zwischen Sozialstaat und freier Marktwirtschaft, zwischen Freiheit und Gleichheit oder zwischen Volkssouveränität und Repräsentativität resultieren. Sie zeitigen zudem desintegrative soziale Folgen, indem sie Misstrauen zwischen gesellschaftlichen Gruppen streuen und Feindseligkeit zwischen ihnen stiften. Die Ungleichwertigkeit von Menschen darf aus normativer Sicht in deliberativen Demokratien nicht zur Diskussion stehen.

Diskutiert man öffentlich gruppenbezogene menschenfeindliche Inhalte, dann werden diese in eine Meinung unter anderen verwandelt und dadurch legitimiert. Das erfolgt unabhängig davon, ob Gegenargumente vorgebracht werden oder nicht, da Legitimität nicht auf Konsens, sondern auf der Diskussionswürdigkeit beruht.

Will man von Seiten öffentlich-rechtlicher Medien Diskussionsforen für nicht-öffentliche Sprecher bieten, müssen Hate Speech-Äußerungen unterbunden werden. Diesbezüglich existieren weltweit bereits vielfältige Erfahrungswerte, auf die man dabei zurückgreifen kann. Dabei zeigt sich ein Grundkonsens dahingehend, dass die Öffnung von Diskussionsforen für nicht-öffentliche Sprecher stets nach aktiver Moderation verlangt.

Bei der Ausgestaltung der Moderation ist es zunächst zielführend, dass sich die Nutzer dieser Foren registrieren müssen, und zwar so, dass die Identität des Nutzers im veröffentlichten Kommentar verborgen bleibt, aber dem Seitenbetreiber bekannt ist. Bei der Anmeldung müssen sich die Nutzer außerdem mit den „Spielregeln“ einverstanden erklären, die zwingend einen Passus enthalten sollten, wonach diskriminierende Äußerungen zu unterlassen sind.

Die Moderation muss zudem eine inhaltliche Überprüfung der eingehenden Kommentare vor der Veröffentlichung beinhalten. Das bedeutet konkret, dass sich die Moderatoren nicht nur auf die Rückmeldungen anderer Nutzer verlassen dürfen, sondern zwingend eine aktive Rolle übernehmen müssen. Dabei soll den Moderatoren auch die Möglichkeit eingeräumt werden, jene Nutzer, die wiederholt durch Hass-Postings auffallen, aus solchen Foren auszuschließen.

Es ist ausgesprochen wichtig, die Rolle der Nutzungsbedingungen in diesem Kontext nicht zu überschätzen. Alle Plattformen in sozialen Netzwerken enthalten solche niedergeschriebene Normen, was aber bisher nicht verhindert hat, dass Facebook und Co. zu jenen Plätzen par excellence geworden sind, an denen am häufigsten Hate Speech zu finden ist. So werden die Nutzungsbedingungen in der Regel durch den Nutzer nicht oder nur oberflächlich gelesen und bieten nicht einmal den eigenen Mitarbeitern ein hilfreiches Instrumentarium, um Hate Speech zu identifizieren. Hinzu kommt, dass sich diskriminierende und/oder menschenfeindliche Inhalte häufig nur aus dem Kontext der Äußerungen ergeben. Will man Hate Speech keine Bühne bieten, erfordert das von den öffentlich-rechtlichen Medien mehr als nur ein weiteres Handbuch. Es verlangt zuallererst, einen Grundkonsens darüber herzustellen, dass solche Äußerungen die Menschenwürde verletzen.

Auf Basis eines solchen Grundkonsenses müssen innerhalb der Medieninstitutionen kollektive Lernprozesse angestoßen werden. Das heißt konkret, dass es nicht zielführend ist, wenn Kodizes niedergeschrieben und anschließend an die Mitarbeiter verteilt werden. Vielmehr muss

zuerst den Mitarbeitern der Medieninstitutionen ein Raum für Diskussionen angeboten werden, um das Phänomen Hate Speech zu verstehen. Als Ergebnis dieses Diskussionsprozesses können schließlich Kodizes oder Richtlinien entstehen.

Nur so kann man garantieren, dass derartige Richtlinien verinnerlicht und tatsächlich zu routinetauglichen Hilfsinstrumenten werden. Ohne ein klares Konzept von Hate Speech werden Moderatoren von Diskussionsplattformen rasch überfordert. Bestehende Unklarheiten öffnen sowohl Hate Speech als auch einer ungewollten Zensur Tür und Tor.

Schwieriger zu beantworten ist jedoch die Frage, wie die Medien mit hassstiftenden Äußerungen etablierter Akteure umgehen können. Auf der einen Seite bilden diese Äußerungen prominenter Akteure häufig den Anlass für zahlreiche weitere menschenfeindliche Kommentare, auf der anderen Seite sind die öffentlichen Sprecher etabliert und haben demokratisch legitimierte Machtpositionen inne. Wenn z.B. ein politischer Akteur behauptet, dass „Türken und Araber dumm sind“, hat dieses Ereignis sicherlich einen hohen Nachrichtenwert und wird daher thematisiert werden. Will man diese menschenfeindlichen Inhalte nicht legitimieren, dürfen die öffentlich-rechtlichen Medien in diesen Fällen einer inhaltlichen Debatte keine Bühne bieten und sollten diese Äußerung z.B. nicht zum Anlass für eine Talkshow nehmen.

Der beschriebene interne Lernprozess in den Medieninstitutionen über den Umgang mit Hate Speech sollte dabei der Ausgangspunkt sein, um diese menschenfeindlichen Äußerungen in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Erst diese interne Konsensbildung bezüglich des Phänomens ermächtigt die öffentlich-rechtlichen Medien auf diesem Feld ihren Bildungsauftrag wahrzunehmen und hate speech in ihren Programmen ansprechen, um so einen gesamtgesellschaftlichen Lernprozess anzustoßen. •

ERWEITERT DAS ROLLENVERSTÄNDNIS!

MAG.^A PATRICIA KÄFER, DR.^{IN} DANIELA KRAUS
FJUM

Für Journalistinnen und Journalisten ist die Berichterstattung über Flucht, Migration und Asyl alles andere als leicht: Wo liegen die Trennlinien zwischen distanzierter Berichterstattung und sozialem Engagement? Wie sollen wir umgehen mit Hasspostings und Filter-Bubbles? Denkanstöße kann der aktuelle Diskurs über Konstruktiven Journalismus geben. Populär gemacht in Europa vom Chefredakteur des Dänischen Rundfunks, Ulrik Haagerup, geht es darum, nicht nur über Krisen und Katastrophen zu berichten. Stattdessen können, so die Idee, auch positive Entwicklungen zum Thema gemacht und Lösungsansätze präsentiert werden – nicht zuletzt deshalb, weil das Publikum der negativen Nachrichten überdrüssig ist. Gerade die aktuelle Refugee-Berichterstattung ist geprägt von Krisenrhetorik. Im Zusammenhang mit Terrorangst wird sie gelegentlich zur Kriegsrhetorik. Der Zugang des Konstruktiven Journalismus könnte diesem Trend entgegensteuern – und neue Themenzugänge eröffnen. Warum nicht über Start-Ups berichten, die innovative Ansätze in der Entwicklungshilfe präsentieren? Oder über solche im Management von Flüchtlingscamps? Kilian Kleinschmid, bekannt als „Bürgermeister“ des 100.000 Personen-Camps Zaatari in Jordanien und aktuell Berater der österreichischen Bundesregierung für das Flüchtlingslager Traiskirchen, hat kürzlich in Wien die „Innovation and Development Agency“ gegründet. Dort werden unter anderem Do-It-Yourself (DIY)-Labs unterstützt, die die kostengünstige Anfertigung von 3D-Druckern für die Herstellung von Prothesen für Kriegsversehrte ermöglichen. Oder den Know-how-Transfer innovativer Stadtentwicklungsideen in Krisengebiete. Die Universität Oxford wiederum erforscht und sammelt im „Humanitarian Innovation Project“ ganz neue Ansätze im Umgang mit Flucht und Migration: Wirtschaftssysteme in Refugee Camps, Community Building, Wasseraufbereitung sind nur einige Themen, die dort diskutiert werden. Es gäbe jede Menge spannende Geschichten, die zu einer konstruktiven Debatte beitragen können – kaum ein Thema eignet sich dafür so gut wie Migration.

Doch kann Konstruktiver Journalismus nicht nur thematisch neue Sichtweisen eröffnen, sondern auch in Bezug darauf, wie Journalismus passiert. In der Grunddefinition von Haagerup wird der Zugang als eine bestimmte „Denkweise“ bezeichnet:

„Constructive journalism is a way of thinking. [...] It also takes into account

the growth of public contribution. This form of reporting gives the audience a comprehensive view of an issue and encourages debate for the benefit of society.“

JournalistInnen, die ihr Rollenverständnis reflektieren, eröffnen mit ihrer Berichterstattung einerseits ihrem Publikum neue Perspektiven, andererseits pflegen sie einen respektvollen Umgang mit denjenigen, über die sie berichten – was bis zu deren Ermächtigung gehen kann. Eine Berichterstattung hingegen, wie sie im Herbst in Bezug auf die Situation an den Landesgrenzen verlief – mit Momentaufnahmen, einmal zu „Zahl der Flüchtlinge in Spielfeld steigt weiter an“ (17. 11., krone.at), wenige Tage später zu „Flüchtlinge: ‚Merkbar weniger Andrang‘ in Spielfeld“ (22. 11., diepresse.com) usw. –, entspricht diesem Journalismus nicht.

Aus unserer Sicht reicht es also nicht aus, geeignete Themen zu finden; nein, Journalist/innen könnten auch ihr Rollenverständnis hinterfragen. Wie kann das gelingen? Wir schlagen Reflexion auf drei Ebenen vor:

1. Authentizität – Feldforschung versus „Armchair Journalism“: Im 19. Jahrhundert wurde erstmals Kritik geübt an so genannten „Armchair Anthropologists“, an „Lehnstuhl-Anthropologen“, die sich nicht auf Feldexpeditionen begaben, sondern bequem von zuhause aus Situationen in fernen Ländern beschrieben. Eine ähnliche Entwicklung macht der Journalismus heute durch, zuletzt etwa von Sibylle Hamann beschrieben („Eine neue Geschichte werde ich im Internet nicht finden“): Journalist/innen sitzen an Schreibtischen mit Internetanschluss und Social-Media-Account – und mit immer mehr Editoren-Aufgaben, die ihnen Zeit rauben und sie an die Redaktion binden (aufgrund häufig reduzierter Personalressourcen). Dabei wären Ausflüge „ins Feld“ zur Einschätzung der Situation ebendort enorm wichtig.

2. Hierarchie – Dominant versus responsiv: Verantwortung und Responsibility – zwei Wörter aus zwei Sprachen für ein und dasselbe Phänomen tragen „Antwort“ im Namen. Der Zusammenhang besteht nicht umsonst: Die Verantwortung – ob gegenüber denjenigen für oder über die man berichtet – ihres Jobs ist Journalist/innen nicht immer bewusst. Stereotype werden geprägt oder unhinterfragt verstärkt, zweideutige Sprachspiele sollen durch Emotionalisierung Aufmerksamkeit erregen: Taktiken, die nicht im Zeichen eines journalistischen Verantwortungsbewusstseins stehen.

3. Perspektive – Reden versus Zuhören: In ihrem Text „Re-thinking the Interview“ kritisiert die US-Journalismusprofessorin Lauren Kessler

(2015: 105ff) Journalist/innen, die nicht zuhören. So wollen Interviewer gelegentlich eher sich selbst (z.B. aktivistisch) profilieren, anstatt ihrem Gegenüber die Hauptrolle zu überlassen. Kesslers Rezept heißt: beobachten und „aktiv zuhören“, wie es auch Historiker oder – schon wieder – Anthropologen tun. Diese Taktik impliziert einen Widerspruch, der geübt werden muss: „It is the active cultivation of curiosity. It is both knowing what to look for and being absolutely open to seeing the unforeseen.“ Das hat eine wichtige Konsequenz: Eine vom Interviewer vorgegebene Agenda oder ein Drall, den man der Geschichte mitgeben wollte, wird untergraben (wenn der Interviewer selbst es denn zulässt). Konstruktiver Journalismus bedeutet nicht, dass eine solche Reflexion jegliche journalistische Skepsis oder Kritik auslöscht oder „politische Korrektheit“ propagiert. Selbstverständlich sind auch innerhalb dieses Konzepts Abgrenzung und Kritik angebracht. Aber sogar die kann fundiert und konstruktiv geäußert werden.

All das gilt insbesondere für öffentlich-rechtliche Medien, denen Verantwortung per gesetzlichem Auftrag zugewiesen ist. Der ORF etwa kam diesem im vergangenen Jahr mit Formaten wie dem „Bürgerforum“ zum Thema „Flüchtlingskrise“ nach. Dass sich eine solche Sendung nicht im Detail planen lässt und von ihrer Spontanität lebt, ist natürlich. In der Live-Auseinandersetzung mit oft unerwarteten Wortmeldungen sind Fingerspitzengefühl und viel Erfahrung – von Redaktion über Moderation bis zu Regie – gefragt. Beim Sammeln weiterer solcher Erfahrungen im partizipativen Bereich können auch öffentlich-rechtliche Sender noch viel dazulernen, an dieser Aufgabe wachsen und Standards im neu erschlossenen Feld setzen. •

LITERATUR

Haagerup, U. (2014): Constructive News. Why negativity destroys the media and democracy – and how to improve journalism of tomorrow. Fribourg: InnoVatio Publishing AG.

Kessler, L. (2015): The Write Path: Essays on the art of writing and the joy of reading. Eugene, Oregon: Monroe Press.

FLUCHT, TERROR, SHITSTORMS

MEDIENETHISCHE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK

UNIV.-PROF.IN DR.^{IN} LARISSA KRAINER
UNIVERSITÄT KLAGENFURT

Der 7. Jänner 2015, der Tag, an dem sich der Terroranschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ ereignete, bei dem zwölf Menschen, unter ihnen der Herausgeber, ermordet wurden, wird in die Geschichte als mahnendes Datum für die Gefahren eingehen, denen die Medien- und Pressefreiheit auch in demokratischen Staaten ausgesetzt ist. Die Terroranschläge am 13. November 2015 in Paris, bei denen an fünf verschiedenen Orten 130 Menschen getötet und über 350 Menschen verletzt wurden und zu denen sich die terroristische Vereinigung „Islamischer Staat“ (IS) bekannt hat, haben uns gezeigt, wie unsicher unser Alltagsleben geworden ist. Was bedeutet es aber, die Ereignisse in einem objektiven Licht zu behandeln?

Der grausliche Fund von 70 Leichen in einem LKW, der am 27. August 2015 auf einer österreichischen Autobahn achtlos abgestellt worden war, wird uns als Mahnmal für illegale und brutalste Methoden des Schlepperwesens in bedrückender Erinnerung bleiben. Millionen Menschen sind vor Krieg und/oder Armut auf der Flucht, drängen in das Heil versprechende Europa, hoffen auf Sicherheit, Grundversorgung und bessere Lebensbedingungen. Regierungen sind gespalten, lavieren zwischen aufnahmebereiter Überforderung und grenzschützender Ablehnung, rufen nach internationalen Lösungen und leisten zugleich erste Hilfe im Wissen um die Grenzen sämtlicher Kapazitäten und halten eine Durchhalteparole aufrecht: „Wir schaffen das“.

Wie lassen sich die Ereignisse aber in einen Fakten prüfenden wie Parolen hinterfragenden Qualitätsjournalismus gießen?

Unsere weitgehend heile Welt ist aus den Fugen geraten, Solidarität und Hilfsbereitschaft paaren sich mit realen Ängsten und berechtigten Sorgen. Waren Aggressionen gegen Menschen aus anderen Ländern bislang mehrheitlich dem rechten Lager zuzurechnen, so ändert sich das Bild im Angesicht von mehr als 150 Anzeigen von Frauen, die wegen sexueller Belästigung durch ausländische Männer in der Silvesternacht bei der Kölner Polizei eingegangen sind gerade. In den sozialen Medien wird einmal mehr aufs Heftigste debattiert, vielfach auch gehetzt. Gelegentlich werden Menschen dafür auch zur Rechenschaft gezogen,

wie am Landesgericht in Klagenfurt, wo ein junger Erwachsener am 11. Dezember 2015 verurteilt wurde, weil er via Facebook über die Einquartierung von Asylwerbern geschrieben hatte: „De tuama woll abmurgsen“ sowie: „Gemma se daschlogn?“

Wo ist die mediale Grenze zu ziehen, wenn Grundfeste der Demokratie zugleich einzuhalten und vor Bedrohung zu schützen sind?

Die Zahl medienethischer Herausforderungen sowie deren Komplexität steigen, wenn dramatische Ereignisse sich überschlagen, gesicherte Daten rar oder aus Sicherheitsgründen gar nicht verfügbar sind, polarisierende Debatten in sozialen Medien Behauptungen aller Art aufwerfen, deren Überprüfung zum einen nicht leicht ist und zum anderen Stunden, Tage in Anspruch nehmen kann. Qualitätsgesicherte Recherche, die Informationen aller Art nachgehen und Hintergründe liefern will, kommt notgedrungen an ihre Grenzen. Sie ist auch nicht länger bloß eine Frage journalistischer Individualethik, die davon ausgeht, dass Medienethik primär eine Frage des journalistischen Gewissens und der Einhaltung von Ehrenkodizes sei.

Eine weitere wesentliche Antwort auf die Vielfalt der Herausforderungen ist unzweifelhaft auf der Ebene der Medienorganisationen zu geben, eine dritte wohl darüber hinaus auf institutioneller Ebene, also zwischen Legislative, Exekutive und Medien zu suchen.

Auf der Ebene der Organisation, also exemplarisch der Ebene des ORF selbst, stellt sich die Frage, inwiefern die geschilderte Komplexität auch organisatorisch eingefangen werden kann – inwiefern beispielsweise Themen einer gezielten und gesteuerten (!) cross-medialen Bearbeitung zugeführt werden können. Wie können so komplexe Themen wie Flucht oder Terrorismus koordiniert über verschiedene Sendeformate und Kanäle bearbeitet werden? Wie erfahren alle Beteiligten im eigenen Medienhaus davon? Wie lässt sich Recherchearbeit verbindlich teilen statt vervielfachen? Welche neuen Formate können entwickelt und bedient werden, die dabei unterstützend wirken können?

Dazu ein exemplarischer Vorschlag: Immer wieder bietet der ORF unter dem Titel „Faktencheck“ Informationen an, die anlässlich diverser Behauptungen genauer recherchiert werden. Die bisherige Breite der Themen umfasst dabei etwa den Klimawandel, Facebook-Mythen über Sozialleistungen, die Asylantinnen und Asylanten zur Verfügung gestellt würden oder diverse Aussagen von PolitikerInnen. Ein solcher Faktencheck scheint eine äußerst taugliche öffentlich-rechtliche Antwort auf

diverse öffentliche Behauptungen zu sein. Die Überführung in ein strukturiertes Angebot – das ev. sogar sowohl auf Basis eigener Recherchen als auch auf Anfragen eines breiteren Publikums erstellt werden könnte (Motto: „Frag´ den ORF!“) – und zudem als eigenes Recherchearchiv nutzbar wäre, ließe sich als organisierte Form der Bearbeitung von Komplexität versuchen.

Dazu wäre es allerdings erforderlich, erstens die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Informationen auch langfristig abrufbar bleiben (keine Befristung für die Online-Nutzung von Inhalten!), zweitens eine integrierte Informationsstrategie über sämtliche Kanäle hinweg anzubieten (inkl. Social Media) und drittens ein gut funktionierendes und leicht bedienbares Datenarchiv einzurichten. So könnte SeherInnen, HörerInnen und NutzerInnen Orientierung im polarisierenden, schwer durchschaubaren und kaum noch überprüfbaren Aussagendschungel geboten werden und könnte ein neues (strukturiertes) Medienangebot, das qualitativ wertvoll, vertrauensstiftend und zudem komplexitätsreduzierend im ORF selbst wirken könnte (im Sinne der Zugriffsmöglichkeit auf bereits recherchierte Daten) geschaffen werden. •

DISKURSIVE KLÄRANLAGEN

MAG. DIMITRI PRANDNER
UNIVERSITÄT SALZBURG / FACHBEREICH KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT

Nachdem sich die Migrationsströme Richtung Europa bereits seit 2008 intensivierten (OECD 2015), kam es 2014 zusätzlich zu einem rasanten Anstieg an Asylsuchenden (UNHCR 2014, 5 & 11). Krisen und Konflikte im Nahen Osten haben Millionen von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben und eine kurzfristige Entspannung der Situation ist unwahrscheinlich (UNHCR 2014, 5). Die Gesellschaften Europas – und damit auch Österreichs – müssen sich daher mit einer gewandelten Realität auseinandersetzen: Von den Flüchtenden, die täglich an Bahnhöfen ankommen, hin zu den vielen Flüchtlingsunterkünften, die in Städten und Gemeinden (un-)sichtbar entstanden sind, ist das Leben mit den „Fremden“ nunmehr auf unabsehbare Dauer Alltag.

Zeitgleich ist aber ein Anstieg an Fremdenfeindlichkeit – und vor allem Skepsis gegenüber dem Islam – in den meisten westlichen Ländern beobachtbar (Tyrrer & Sayyid 2012). Die anhaltend ungewisse ökonomische Lage und das Schreckgespenst des Terrorismus haben Spuren im kollektiven Bewusstsein hinterlassen (Helbling 2013, 4). So auch in Österreich, wo die Bevölkerung gegenüber Fremden traditionell eher skeptisch eingestellt ist, wie historische Dokumente, die „European Values Study“ oder auch GFK-Umfragen hinreichend belegen (u.a. Friesl et al. 2009, Rathkolb 2005 oder Ulram 2009).

In Kombination eine hochexplosive Mischung, da eine große Anzahl an Personen, mit vermeintlich abweichender kultureller Prägung, auf eine Gesellschaft trifft, die Fremden bereits vorab kritisch gegenübersteht. Es stellt sich die Frage, welche Aufgaben öffentlich-rechtliche Berichterstattung in dieser Situation übernehmen muss?

Vereinfacht könnte man argumentieren, dass Journalismus sicherstellen muss, dass Individuen Informationen über ihre Mitwelt erhalten, um gesellschaftlich handlungsfähig zu sein (Schudson 2011, 4f). Dabei gilt es unnötige oder schädigende Elemente aus dem Diskurs zu entfernen, Fakten darzustellen und Komplexität zu reduzieren (Habermas 2008, 147). Kurz, journalistische Berichterstattung wirkt in Gesellschaften als „diskursive Kläranlage“ (ebd., 144).

Und in diesem Zusammenhang übernimmt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine spezielle Rolle: Jenseits von Marktkräften, ist es not-

wendig, dass öffentlich-rechtliche Programme eine inhaltliche Vielfalt bieten, die unterschiedlichste Positionen zum schwierigen Thema der Flüchtenden und Asylanten aufgreift, dabei nicht einer emotionalisierenden Medien-Event-Logik folgen, die soziale Netzwerke und privatwirtschaftliche Medien dominiert. Auch wenn ein Bericht zur zehnten politisch motivierten Hass-Rede, die die Übergriffe in Köln als Begründung für Xenophobie vorschiebt, eher der öffentlichen emotionalen Lage entspreche, muss öffentlich-rechtlicher Rundfunk seine Aufgabe als „Kläranlage“ erfüllen, dieses „schädigende“ Element filtern und im Gegenzug sicherstellen, dass auch Flüchtende zu Wort kommen und ihrer Perspektive zum Thema Raum gegeben wird – unabhängig von gesellschaftlichen Hegemonieverhältnissen. Denn nur eine breite thematische Darstellung ermöglicht einen breiten öffentlichen Diskurs (Schudson 2011, 215).

Der Anspruch einer breiten, vielfältigen Berichterstattung stellt aber nur einen Teil der Aufgabe dar. Denn die Bedeutungszuschreibungen, die Ereignisse erfahren, sind eng mit kollektiven Wissensbeständen und Wertvorstellungen verknüpft (Alexander 2012, 15). Medien sind für die Gestaltung diese Prozesse mitverantwortlich (Herczeg 2015, 1), da sie Aktuelles in Relation zu existierenden gesellschaftlichen Prädispositionen positionieren (Shils 1981, 2f und Alexander 2012, 16).

Berichte über die Not von Asylsuchenden oder Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich stehen genauso wenig für sich alleine, wie Beiträge, die sich der Terroranschläge in Paris oder den Übergriffen in der Silvesternacht annehmen. Vielmehr sind sie Teil wertegeprägter gesellschaftlicher Narrationen (Wyss 2011, 40f).

Unter Berücksichtigung der fremden-skeptischen Prägung der österreichischen Öffentlichkeit ist es daher die Aufgabe und Herausforderung des Journalismus im Allgemeinen und von öffentlich-rechtlichen Leitmedien im Speziellen, die Debatte entsprechend zu kontextualisieren, um den Narrativ zur aktuellen Flüchtlingsdebatte nicht alleinig als Summe von Extremen – Gewalt, Missstände, Unruhen – darzustellen. Denn es ist unvermeidbar, dass unter mehr als einer Million Flüchtenden einzelne Personen straffällig werden oder kulturelle Verhaltensrichtlinien missachten. Aber es kann verhindert werden, dass Flüchtende in Summe als Problem im kollektive Bewusstsein Österreichs positioniert werden. Um das zu erreichen, müssen aber die Ängste der Öffentlichkeit thematisiert werden und zwar nicht als by-line bei dem nächsten tragischen Ereignis. Vielmehr muss dies kontinuierlich im Rahmen von Alltagsgeschichten und Positivbeispielen stattfinden, die eine narrative Integration in das

bekannte Weltbild der Bevölkerung zulassen. Der Nachrichtenwert eines solchen Beitrags mag zwar nicht immer besonders hoch sein, aber sein gesellschaftlicher Wert ist unverzichtbar – insbesondere aus öffentlich-rechtlicher Sicht. •

LITERATUR

Alexander, J. C. (2012). *Trauma: A Social Theory*. Malden: Polity Press.

Friesl, C., Hofer, T. & Wieser, R. (2009). Die Österreicher/innen und die Politik. In: *Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990–2008*, Wien: Cernin, 207-293.

Habermas, J. (2008). *Ach, Europa: Kleine politische Schriften XI*. Frankfurt: Suhrkamp.

Helbling, M. (2013). Islamophobia in the West – An Introduction. In: Helbling, M. (Hg.), *Islamophobia in Western Europe and North America: Measuring and Explaining Individual Attitudes*. London: Routledge, 1-18.

Herczeg, P. (2015). Diversity Kompetenz und Migration: Kommunikationswissenschaftliche Aspekte. In: Genkova, P. & Tingey, T. (Hrsg.), *Handbuch Diversity Kompetenz: Perspektiven und Anwendungsfelder*. Wiesbaden: Springer, 1-11.

McPherson, M., Smith-Lovin, L. & Cook, J. M. (2001). Birds of a feather: Homophily in social networks. *Annual review of sociology*, Vol. 27, 415-444.

OECD. (2015). *International Migration Outlook 2015*. OECD. URL: http://www.oecd-ilibrary.org/deliver/8115161e.pdf?itemId=/content/book/migr_outlook-21015-en&mimeType=application/pdf (Abgerufen am 13.01.2015)

Rathkolb, O. (2005). *Die paradoxe Republik: Österreich 1945 bis 2005*. Wien: Paul Zsolnay Verlag.

Schudson, M. (2011). *The Sociology of News – 2nd Edition*. New York: Norton Verlag.

Shils, E. (1981). *Tradition*. Chicago: University of Chicago Press.

Tyrer, D., & Sayyid, S. (2012). Governing ghosts: Race, incorporeality and difference in post-political times. *Current Sociology*, 60(3), 353-367.

Ullram, P. A. (2009). *Integration in Österreich. Einstellungen, Orientierungen und Erfahrungen von MigrantInnen und Angehörige der Mehrheitsbevölkerung*. Studie von GfK-Austria GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres. Wien.

UNHCR. (2014). *UNHCR Global Trends 2014*. UNHCR. URL: <http://unhcr.org/556725e69.html> (Abgerufen am 13.01.2016)

Wyss, V. (2011). Narration freilegen: Zur Konsequenz der Mehrsystemrelevanz als Leitdifferenz des Qualitätsjournalismus. In: Blum, R., Bondadelli, H., Imhof, K. & Jarren, O. (Hrsg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag, 31-47.

GRATWANDERUNG ZUR VERANTWORTUNG

DR. FRITZ DITTELBACHER
ORF

Ein Montag im Dezember 2015, hinter mir liegt gerade eine Woche Urlaub auf Teneriffa – schön war´s, heiß war´s, danke der Nachfrage – da finde ich in meinem Posteingang das Mail eines Kollegen. Er ist Redakteur im Aktuellen Dienst eines Landesstudios. Und er schreibt mir aus ehrlicher Aufgeregtheit und wohl auch in ehrlicher Sorge: „Ich vermisse eigentlich seit Wochen eine ausgewogenere Berichterstattung der Vorgänge bei Euch“ und er meint damit unsere Flüchtlingsberichterstattung.

Der Anlass für diesen Aufschrei ist ein konkreter, und der ist schnell geklärt: Die Verhaftung von zwei IS-Verdächtigen in Salzburg hatte sich am Tag des Bekanntwerdens nicht als Geschichte in der ZiB 1 gefunden – sie war allerdings am selben Abend eine große Story der ZiB 2, da wir in dieser Sache ohnehin schon länger recherchiert hatten. So lautet auch meine Antwort an ihn.

Aber die dem Mail zugrunde liegende Stimmung ist durch die Klärung auf Faktenebene nicht wegzuwischen. Und sie ist etwas, mit dem Journalisten im Allgemeinen und öffentlich-rechtliche im Besonderen derzeit immer wieder konfrontiert werden. „Bei uns war von all dem nie etwas zu hören und zu sehen“, schreibt der Kollege in seinem Mail, und da meint er die vielen Gerüchte, die es über Übergriffe und Delikte im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise gegeben hat. Stories wie die vom angeblich überfallenen Supermarkt, die von den zerstörten Zugs-waggons, zum Teil urban legends, die sich aber über die neuen „Sozialen Medien“ in Windeseile verbreiten.

Wir Journalisten hatten bisher ein de facto-Informationsmonopol. In aller vorhandener Pluralität war es bis vor wenigen Jahren doch so, dass alles, was über die Informationsweitergabe per persönlichem Gespräch (gerne auch am Stammtisch) hinausging, auf die Vermittlung durch Medien und professionelle Journalisten angewiesen war. Und auch wenn diese Journalisten in der Sache oft höchst unterschiedlicher Meinung waren, so waren sie sich in der Methodik doch einig: Nicht alle Quellen sind glaubwürdig. Fakten sollten gecheckt werden. Meinung und Bericht sind zwei Paar Schuhe.

In der neuen Welt von social media ist das anders: „Das Internet“ dient als hinreichender Beleg, Hörensagen ebenfalls – der Freund eines Freundes würde schließlich jemanden kennen, der um ein Haar dabei gewesen wäre und daher alles ganz genau weiß. Und Meinung macht einen Bericht erst so richtig glaubwürdig, schließlich sieht derjenige, der das geschrieben hat, die Welt mit genau derselben Emotion wie man selbst und ist daher wohl auch der beste Zeuge, den man sich wünschen kann. Das Kuratieren von Nachrichten übernimmt hier die Gemeinschaft der Gleichgesinnten. Das Weltbild wird damit immer einfacher, inhaltlich stringenter und überzeugender, weil es nur mehr auf die eigenen Vorurteile rekurriert. Draußen vor der Tür bleiben „Lügenpresse“ und „Mainstream-Medien“, das Leben ist kuschelig im Kreis der Erleuchteten und voller Zorn im Umgang mit allen anderen.

Die Flüchtlingskrise als das emotionalste Thema der letzten Jahre ist dafür das beste Beispiel. Und sie ist auch die größte Herausforderung, die den Journalismus zumindest während meiner Zeit in diesem Beruf getroffen hat. Wie können wir damit umgehen?

1.) Wir müssen dorthin, wo sich diejenigen befinden, die jetzt so massiv an uns zweifeln. Das heißt: Klassische Medien brauchen social media-outlets, sie müssen sich dort der Diskussion stellen und sie müssen auf Facebook und Co auch ihre Informations- und Aufklärungsarbeit leisten. Sie müssen in der Dramaturgie und Sprache dieser Medien auftreten. Und sie müssen jene Themen, die dort kursieren, aufnehmen und bearbeiten.

2.) Wir müssen auch die Emotionen, die diese Flüchtlingskrise begleiten, wahrnehmen – und ernstnehmen. Der Mob von Köln hat all die Ängste angesprochen, die die Massenbewegung aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Europa ausgelöst hat. Ängste, die auch nachvollziehbar sind. Der Eindruck aber, dass hier die mediale Öffentlichkeit über Tage hinweg nicht hinsehen wollte, verstärkt das Vorurteil derjenigen, die sich als schweigende Mehrheit sehen und die ohnehin seit langem die Diskrepanz zwischen medialer Wirklichkeit und ihrer Weltsicht konstatieren.

Ich sage bewusst Weltsicht – denn es ist nicht die „reale Welt“, sondern in den meisten Fällen die Ansammlung von Ängsten und Hörensagen. Nur wenige, die „Lügenpresse“ skandieren, haben reale Erfahrungen mit Flüchtlingen, das zeigen auch aktuelle Zahlen: Eine im Oktober durchgeführte ORF-Studie zeigt, dass die größte Angst vor Asylwerbern und auch die größte Unzufriedenheit mit der Berichterstattung dort herrscht,

wo es die wenigsten Betroffenen gibt. In kleinen Gemeinden am Land ist man sorgenvoll, in Wien relativ gelassen.

3.) Wir müssen einen neuen Begriff in unserem journalistischen Glaubensbekenntnis in den Vordergrund holen: Neben Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit oder Kontrolle ist in Zeiten wie diesen auch die Frage der „Verantwortung“ eine zentrale, die immer wieder beantwortet werden muss.

Verantwortung dafür übernehmen, was man berichtet und wie man es berichtet, ist ein wenig ein Antagonismus zu den davor beschriebenen Werten. Das Selbstverständnis des Journalisten ist es als unbeteiligter Berichterstatter einfach zu berichten, was neu und interessant ist. Dies wird in Zeiten der großen Polarisierung auf die Probe gestellt. Kann man wirklich alles erzählen, oder muss man sich auch überlegen, welche Folgen es zeitigt? Was ist vor allem mit Informationen, die man zwar glaubt, aber nicht belegen kann? Der eingangs erwähnte Fall der in Salzburg festgenommenen IS-Verdächtigen war ein solcher. Schon seit Wochen hatten wir davon „gehört“, meine Entscheidung als Chefredakteur jedoch war: Wir gehen erst auf Sendung, wenn wir eine offizielle Bestätigung dafür haben. War das feig – oder war das verantwortungsvoll?

Was ist mit Informationen, die man hat, aber aus denen die zuletzt immer wieder so oft zitierten „Gefährder“ Nutzen ziehen könnten? Und was schließlich ist mit Informationen und Situationen, die unklar sind, deren Veröffentlichung aber genau jene Folgen nach sich ziehen, die Terroristen hervorrufen wollen, nämlich Angst und Verunsicherung?

Auch hier ein konkretes Beispiel: Der letzte Tag im Dezember 2015, Silvester. Es ist knapp vor Mitternacht, eine Party bei Freunden – schön ist es, kalt ist es, danke der Nachfrage. Kalt deswegen, weil ich die anderthalb Stunden vor Mitternacht weitgehend im Garten der Freunde verbringe, telefonierend mit meinen Kollegen von der Bereitschaft. In München sind Terrorwarnungen eingegangen, die die Polizei dort sehr ernst nimmt, zwei Bahnhöfe sind geräumt worden, die Meldungen in den Agenturen und vor allem auf Twitter klingen gar nicht gut. Bei uns in Wien sind zur selben Zeit eine halbe Million Menschen am Silvesterpfad, überall im Land wird gefeiert. Wir vom Aktuellen Dienst haben uns vorbereitet, Satellitenwägen sind in der Stadt, Reporter in Bereitschaft, Technik und Redaktion stehen Gewehr bei Fuß. Sollen wir also hinein ins Programm mit den Fragen „Was passiert da in München... wie schaut´s in Wien, Linz und Graz aus... und: Haben Sie Angst?“

Nein, haben wir nicht gemacht. Sowohl Silvesterstadl als auch „Kaiser“ blieben auf Sendung, keine Sonder-ZiB unterbricht die Feiern zum Jahreswechsel. Eine Entscheidung der Verantwortung, nicht der Geschwindigkeit, Aktualität, Exklusivität.

Diese Entscheidung hat sich im Nachhinein als richtig herausgestellt, aber es bleibt eine Gratwanderung. So wie unsere gesamte Flüchtlingsberichterstattung eine Gratwanderung bleibt: Was ist es wert berichtet zu werden – und wie wirken sich Berichterstattung und Nicht-Berichterstattung auf unsere Gesellschaft und auf unsere Glaubwürdigkeit aus? Ich bin nach wie vor mit dem Landesstudio-Kollegen im Mail-Kontakt. Immer wieder schickt er mir seine Wahrnehmungen unserer Sendungen und ich antworte ihm. Immer noch haben wir manchmal unterschiedliche Meinungen, aber wir sind uns des aufrechten Bemühens des jeweils anderen bewusst. Und das ist gut so. •

SCHUTZ VOR SPRECHBLASEN

HANNES AIGELSREITER
ORF

Qualität beginnt mit Qual. Journalistische Qualität im ORF Radio heißt, dass wir uns besonders anstrengen, ausgewogen, fair, offen und ehrlich, sorgfältig, transparent, unparteilich und objektiv zu berichten, zu analysieren, zu reportieren.

Gerade im abgelaufenen Jahr waren die Redakteurinnen und Redakteure der Radionachrichten besonders gefordert, Fakten zu checken, Daten zu überprüfen und Quellen zu hinterfragen. Warum?

Nehmen wir das Thema Flüchtlinge: es polarisiert wie kaum ein anderes in den letzten Jahren. Die Berichterstattung darüber war und ist vermutlich eine der größten journalistischen Herausforderungen. Wir sind es, die gefordert sind, dem Publikum Einordnung zu bieten. Denn: es scheint nur zwei Sichtweisen zu geben, die lauten: alles ist gut, wenn täglich tausende Menschen aus anderen Ländern über die Grenzen kommen und zehntausende hier bleiben, oder alles ist schlecht. Dass die Wahrheit wie so oft dazwischen liegt, wird von vielen nicht mehr wahrgenommen. Die sozialen Medien bieten die Möglichkeit, dass sich jede und jeder seine eigenen Informationsfilter zurechtlegt, jene Kanäle öffnet, die die eigene Meinung bestärken, und jene schließt, die unliebsame Informationen bieten könnten. Und plötzlich zeigt sich, dass die alte Funktion der traditionellen Medien als Schleusenwärter an diesen Kanälen noch immer ihre Berechtigung hat. Die Verantwortung der Medien – und schon gar nicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – liegt nicht darin, Vorurteile und Emotionen zu bestärken – sondern sie zu hinterfragen.

Wir müssen sachlich und nüchtern berichten, was ist – und nicht, was die Menschen hören wollen.

Mehr denn je ist dabei die Eigenverantwortung der JournalistInnen gefragt. Hanns Joachim Friedrichs' Satz „Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache – auch nicht mit einer guten Sache“ gilt unverändert auch heute. Das betrifft die Wahl der Themen ebenso wie die Wahl der Worte: jeder und jedem muss klar sein, dass es einen Unterschied macht, wenn man auf Sendung von Flüchtlingen, Migranten, Wirtschaftsflüchtlingen, Flüchtlingsströmen oder gar -fluten spricht. Wir tragen Verantwortung, wenn wir das wichtigste journalistische Handwerkszeug, die Sprache,

benutzen. Oft und oft ist in der Redaktion diskutiert worden über Headlines, einzelne Formulierungen, Wortwahl, Themenaufbereitung. Sich selbst und die eigene Arbeit permanent zu hinterfragen schützt davor, in Sprechblasen – und Phrasenfallen zu tappen. Oder nehmen wir das Thema Terror in Paris: Besonnenheit als Pflicht für alle Radiomacher der HD1. Schnell sein? Ja, ist selbstverständlich im Aktuellen Dienst! Die schnellsten sein? Nur dann, wenn alle Informationen soweit recherchiert und aufbereitet sind, dass verlässliche Berichte auf Sendung gehen. Viel wichtiger als die schnelle ist die zuverlässige Nachricht. Sie muss stimmen. Nur so können wir das Vertrauen unseres Publikums gewinnen und die Hörerinnen und Hörer an die Sender Ö1, Ö3, FM4 und die Regionalradios binden.

Bleiben wir in Paris, Fußball, live: Explosionen sind zu hören, nicht nur für die Zuschauer im Stadion, sondern und vor allem auch für das Publikum vor den TV-Geräten und den Radios. Zufall? Nein! Medien sind von Terroristen längst eingeplant. Angst und Schrecken verbreiten, und das bei möglichst vielen. „Ein Radiosender ist für uns wichtiger als eine Atombombe“: so lautet ein Zitat, das dem Al-Kaida-Gründer Osama bin Laden zugeschrieben wird. Medien als Teil der Inszenierung. Es liegt an den Journalistinnen und Journalisten verantwortungsvoll darüber zu entscheiden, was Propaganda und was relevante Information ist. Was geht auf Sendung? Was nicht? Diese Fragen stellen die größte Herausforderung dar, mit der wir in den letzten Monaten konfrontiert sind. Qualitätsjournalismus muss Wissen vermitteln mit Fakten, guten Recherchen, mehrfach hinterfragten und damit zuverlässigen Quellen. Aufklären über die Sachlage. Wer gesichertes Wissen vermittelt, kann Vorurteile, Ängste und Unsicherheiten abbauen helfen.

Nehmen wir Botschaften, welcher Art auch immer, im Netz: Hasspostings etwa sind ein Symptom für die wachsende Polarisierung der Gesellschaft. Besonders das bereits angesprochene Thema Flüchtlinge führt zu fremdenfeindlichen Kommentaren. An uns liegt es heraus zu finden, was dahinter steckt. Absicht? Angst? Unwissen? Mitläufertum? Meinung? Vorurteile? Wir thematisieren dieses Problem und klären darüber auf, was freie Meinungsäußerung ist und was Fremdenhetze, illegal und menschenrechtswidrig.

Auch hier gilt: wo Wissen ist können sich Vorurteile weniger ausbreiten. Ich denke, dass alle Qualitätsmedien mit ihrer Berichterstattung dazu beigetragen haben, dass Hassbotschaften in sozialen Netzwerken auch gelöscht werden. Fest steht aber auch, dass das Netz weiterhin ein Marktplatz für Rassismus, Hetze, Beleidigungen, Beschimpfungen, etc.

sein wird. Alles infrage zu stellen und anzuzweifeln wird auch weiterhin unsere journalistische Arbeit bestimmen.

Am Beispiel des Systems Orban in Ungarn und jetzt, ganz aktuell, der neuen Regierung in Polen und dem dortigen, massiven Zugriff auf den Öffentlichen Rundfunk wird erkennbar, dass eine kritische, journalistische Haltung nicht überall gebilligt wird. Und es ist zu beobachten, dass in den letzten Jahren auch hierzulande Kritik an seriösen Medien generell, aber am ORF ganz speziell zunimmt. Da ist von „veröffentlichter Meinung“ die Rede, da kommt der haltlose Vorwurf, Sendungen seien „manipuliert“ worden, Themen würden gesteuert oder sogar kampagnenhaft für oder gegen jemanden aufbereitet werden. Das Internet auch hier als Verbreiter und Beförderer solcher Botschaften. Dabei entsteht immer öfter der Eindruck, dass kritisches Hinterfragen, Aufklärung und das Vermitteln von Wissen gar nicht im Interesse mancher Gruppen ist. Dass sich unser Publikum gar keine begründete Meinung bilden soll. Dass es manchen lieber wäre, wenn nur offizielle Statements gesendet würden, ohne hinterfragt und analysiert zu werden. Darin sehe ich eine schleichende Gefahr, die es letztendlich auf die Pressefreiheit abgesehen hat. Diese Freiheit ist allerdings nur dann in Gefahr, wenn wir Journalistinnen und Journalisten dem Druck nach einer „gewissen“ Berichterstattung nachgeben und damit unserer Verantwortung nicht gerecht werden. Die ORF Radioinformation kennend wird mir da allerdings nicht bang. Sie zeigt Haltung, nimmt ihre journalistische Verantwortung wahr und ist nicht ängstlich.

Was wir aber tagtäglich tun müssen ist, die Qualität unserer journalistischen Arbeit permanent zu hinterfragen, selbstkritisch zu sein und von den Nachrichten, über die Journale, den Magazinen, dem Teletext, Online bis hin zu den sozialen Medien nur das glaubwürdigste Informationsprodukt auf Sendung zu bringen. Nur seriöse, glaubwürdige Aufklärung immunisiert gegen Populisten, Extremisten und Terroristen. Das Team der ORF Radioinformation wird weiter über alle relevanten Themen reden, aufklären und berichten. Auch wenn wir Radiojournalist/innen ob der Ereignisse, Aussagen und Postings manchmal selbst sprachlos sind. •

VON FLÜCHTLINGEN UMZINGELT

ROBERT NEUKIRCHNER
ORF STEIERMARK

Donnerstag, 22. Oktober 2015, 8.20 Uhr, Sammelstelle Spielfeld: Plötzlich gehen die Absperrgitter auf, tausende Flüchtlinge strömen auf den Vorplatz, der gleichzeitig unser Arbeitsplatz ist. Binnen weniger Minuten sind wir von einer „fremden Menschenmasse“ umgeben. Angst als logische Folge?

Nein. Denn was wir in den folgenden Stunden von den Flüchtlingen erleben ist vor allem eines ... Dankbarkeit. Für jedes freundliche Wort, das sie zu hören bekommen. Für jedes Prozent zusätzliche Handy-Akkuleistung, die wir an unserem Übertragungswagen durch die Einrichtung einer kleinen Ladestation ermöglichen – niemand murrte, als wir sie wieder schließen müssen. Nur „thank you, thank you“. Ich kann aufgrund der vielen Menschen nicht in unseren Wagen einsteigen – sofort ist jemand zur Stelle und macht mir den Weg frei: „Sorry!“ Der kleine Bub bedankt sich mit einem strahlenden Kinderlächeln, weil ich ihm eine Wasserflasche gebe. Der junge Mann hat Tränen in den Augen ... er konnte über mein Telefon kurz mit einem Verwandten in Salzburg sprechen ... das erste Lebenszeichen seit Wochen.

Ich habe nach zwei Tagen Berichterstattung aus Spielfeld viel mehr Bilder in meinem Kopf als in meinem Handy. Trotzdem, ich schaue sie an und stoße dann doch auf „Angst“. Der Blick dieses jungen Mannes verheißt im ersten Moment nichts Gutes. Aber ist es nicht viel mehr er, der Angst hat? Seine Augen mussten Krieg, Zerstörung und Terror sehen – meine „nur“ Menschen, die mit ihren letzten Habseligkeiten unter unmenschlichen Bedingungen auf der Flucht sind. Und das war schlimm genug ...

Die Flüchtlingskrise verbunden mit dem Ausmaß der in Bewegung befindlichen Menschenmassen und ihrem kulturellen Hintergrund stellt ein historisches Ereignis dar. Wir alle sind Zeitzeugen, uns als (ORF)-Journalisten kommt dabei aber eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe zuteil. Wir dürfen nicht nur tagtäglich generalisierend über anonyme Tausender-Massen berichten, denn genau auf diese Art und Weise werden gerade in den sozialen Netzwerken Ängste geschürt. Wir müssen dem mit Aufklärung entgegen wirken und dürfen den Blick für das Detail nicht außer Acht lassen. Daher ist es unverzichtbar, möglichst oft direkt von den „Hot Spots“ zu berichten. Nur wer „live“ dabei ist, sieht auch den Einzelnen in der Masse. Er sieht den Menschen – und nicht nur die

Menschenmasse. Er sieht den Menschen – und nicht nur seine fremdländische Herkunft. Dass dabei auf die journalistische Sorgfalt und eine notwendige kritische Betrachtungsweise nicht vergessen werden darf, versteht sich von selbst und muss nicht näher erläutert werden. Das gilt natürlich für alle Aspekte der Fluchtbewegung – von politischen (Nicht-)Entscheidungen über mögliche Fälle von Flüchtlings-Kriminalität bis hin zur wichtigsten bevorstehenden Aufgabe: die Integration. •

EMOTIONEN WEGLASSEN

MAG. THOMAS KRALINGER
VÖZ

Die politische Großwetterlage fordert vor allem Politik und Zivilgesellschaft, im besonderen Maße aber auch die Medienlandschaft: Die Flüchtlingsströme förderten beeindruckendes Engagement der Zivilgesellschaft zu Tage, gleichzeitig wurde die mangelnde Problemlösungskompetenz der europäischen Politik in dieser Frage offenbart. So attestierte nicht nur die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ der EU ein Scheitern bei der Verteilung der Flüchtlinge. Hinzu kommt der Terror in Frankreich, der uns die Verwundbarkeit Europas mit schauderhaften Bildern vor Augen führte. Am 13. November 2015 wurden in Paris bei Anschlägen 130 Menschen getötet und vor etwa einem Jahr wurden bei einem Attentat auf die Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ elf Medienmitarbeiter und ein Polizist getötet.

Diese Vorgänge verunsichern die heimische Bevölkerung und die Medienkonsumenten. Verstärkt werden diese Ängste durch Falschmeldungen, Gerüchte und Hasspostings im Netz. Viele Nutzer nehmen das World Wide Web als rechtsfreien Raum wahr – was es bisweilen in Teilbereichen auch ist. Während Medien, die einen Leserbrief mit Beschimpfungen und übler Nachrede abdrucken, bis zu 50.000 Euro an Entschädigung zahlen müssen, gilt dieser Grundsatz für soziale Medien nicht. Das verstärkt die Hemmungslosigkeit mancher radikalisierten Nutzer und es fehlt der Hebel, mit dem Facebook und Co. bewegt werden, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Warum sind Soziale Netzwerke für die Fehlungen ihrer Nutzer auf ihrer Plattform nicht verantwortlich, so wie das bei allen anderen Medieninhabern selbstverständlich ist? Hier muss der Gesetzgeber tätig werden.

Doch die zentrale Frage dieses Beitrages lautet: „Flüchtlinge an den Grenzen, Terror in Frankreich, Hassbotschaften im Netz: Was kann/soll/darf/muss Qualitätsjournalismus?“ Die Bevölkerung verlangt von Qualitätsmedien zu recht, dass sie unvoreingenommen, kritisch und wahrhaftig berichten – das gilt für alle Medieninhalte, aber bei den oben genannten Themen gilt die höchste Stufe der Verantwortlichkeit.

Bei einer VÖZ-Veranstaltung im November des Vorjahres empfahl Philosophieprofessor Konrad Paul Liessmann den Qualitätsjournalisten in Zeiten von Flüchtlingskrise und islamistischem Terror eine „Moralaske“. Analyse und Diskurs solle man nicht nur durch Moralismus erset-

zen und der Journalist solle sich auch nicht mit einer guten Sache gemein machen. Qualitätsjournalismus müsse mehr sein, als die Bestätigung der eigenen Weltsicht. Diesen Aussagen ist auch weiterhin vorbehaltlos zuzustimmen.

Journalisten – nicht nur in Österreich und Europa – lassen ihre Nutzer manchmal ratlos zurück: So sieht ein Gastautor der „New York Times“ Deutschland nach den sexuellen Übergriffen ausländischer Männer auf Frauen in der Silvesternacht in Köln „an der Kippe“. Die Kölner Behörden hätten die Angriffe von Tätern zunächst heruntergespielt, weil sie sich als „unbequem erweisen für Angela Merkels Politik eines Massenasyls für Flüchtlinge“, zitiert die „Welt“ den „NYT“-Autor Ross Douthat. Und weiter: Muslimische Einwanderung sei schwer zu integrieren und berge die Gefahr einer Radikalisierung. Wer glaube, „dass eine alternde, säkularisierte, bislang weitgehend homogene Gesellschaft die Zuwanderung in einer solchen Größe und bei derartigen kulturellen Unterschieden mutmaßlich friedlich absorbieren wird, hat eine leuchtende Zukunft als Pressesprecher für die aktuelle deutsche Regierung. Aber er ist auch ein Narr.“ Nur einen Tag zuvor konnte man in der gleichen Zeitung ein Editorial lesen, in dem die Linie der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingsfrage ausdrücklich gelobt wurde. Die „NYT“ zitierte Merkels Neujahrsbotschaft, laut der „der Zustrom und die Integration so vieler Menschen eine Chance für das Morgen“ sei und ergänzte, dies solle „ganz Europa beherzigen“.

Was also tun? Es wäre falsch die Lösung in einfachen Antworten zu suchen. Wir brauchen weiterhin die Darstellung des Für und Widerns in Medien. Auf komplexe Probleme dürfen Medien keinesfalls mit simplen Botschaften reagieren. Aber Medien müssen gleichzeitig die Emotionen zurückfahren. In einem Meer an Emotionen, die bei Nutzern von Sozialen Netzen nicht selten in Hass umschlagen, müssen Qualitätsmedien die Insel der Sachlichkeit bleiben. Doch – und das ist ganz zentral – Medien dürfen keine Informationen unter den Tisch fallen lassen.

Nach den Übergriffen auf Frauen in Köln erhob der ehemalige deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) schwere Vorwürfe gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien. Er sprach von einem „Schweigekartell“ und im Radio auf NDR Info sagte er, „es besteht der Verdacht, dass man glaubt, dass man über solche Übergriffe insbesondere von Migranten und Ausländern deswegen nicht berichtet, weil man nach Möglichkeit die Bevölkerung nicht beunruhigen will“. Liessmann schlug bei der VÖZ-Veranstaltung im vergangenen November in eine ähnliche Kerbe. „Beim Rezipienten stellt sich unweigerlich der Verdacht ein, dass er

nicht informiert, sondern in seinem Denken und Fühlen gegängelt werden soll.“

Diese Vorwürfe sind ernst zu nehmen. Sie kommen nicht von rechten Demonstranten oder vom vermummten digitalen Mob, sondern aus der Mitte unserer Gesellschaft. Medien müssen berichten, was Sache ist. Qualitätsjournalismus hat die Pflicht, objektiv und wahrheitsgetreu zu berichten. Diese Verpflichtung beginnt aber bereits bei der Auswahl der Informationen. Diese Entscheidung hat unter höchster Sorgfalt und im Bewusstsein der uns obliegenden Verantwortung zu geschehen. Qualitätsmedien dürfen Informationen nicht bewusst unterschlagen und nichts beschönigen. Redakteure müssen die Glaubwürdigkeit ihres Mediums im Besonderen und des professionellen Journalismus im Allgemeinen mit ihrer gewissenhaften Arbeit verteidigen. Sie dürfen keine Aufträge oder eigennützige Erwartungen der Politik erfüllen, sondern sind ausschließlich dem Leser und Nutzer verantwortlich. Das gilt für Journalisten aller Mediengattungen, die sich (öffentlich-rechtlichem) Qualitätsjournalismus verschrieben haben. Unabhängig ob ihre Aufgabe durch Gebühren – oder durch den Leser und die Werbewirtschaft – finanziert ist. Die Nachfrage nach Orientierung war in den vergangenen Jahren vielleicht nie höher als heute. Das ist eine Chance, die wir Medienmacher nutzen müssen. •

WHENEVER IT HAPPENS

BALÁZS BENDE
MTV

2015 was without doubt one of the stormiest year in the post WWII history of Europe. The escalation of the EU vs Russia conflict, the Greek debt crisis – that threatened the very existence of the Euro itself –, and the influx of more than a million illegal migrants into Europe all shed the spotlight onto the fact: the European Community that was established after WWII on the common ground of mutual economic benefits is not as unified as many thought or hoped.

Last year this community was divided into two large groups: powers supporting the migration into Europe, and those against it.

And the press of the Western European countries that had always been set as an example of independent and balanced journalism – mostly for the former Soviet Bloc countries – turned out not to be able to fulfill its purpose as the “4th Branch of Power”, and proved to be very much servants of various political or economic interests the same way the remote controlled propaganda machine of the Eastern Bloc used to be decades ago.

The Hungarian Public media launched its 24/7 news channel last March. The m1 channel from the very beginning was very actively covering all possible aspects and event of the migration crisis. Correspondents were reporting live from the most important sites of the migration route several times during the newsflow: the Greek coasts, the Macedonia-Greece border, Slovenia, Austria, Germany and our permanent Scandinavian correspondent from Finland, Norway and Sweden.

Our colleague on the Macedonia-Serbia border was one of the firsts to say how shocked he was to see the characteristics of the migrant flow. Many international and Hungarian media organizations were unable or unwilling to report that most of the illegal migrants coming in the first waves were young, well fit single man. They were quite seemingly not families fleeing from war, but young man who were in recruitment age, most possibly running from forced enlisting or being held responsible – even from retaliation – for their previous military activities. Or even coming to Europe with a malicious intent.

M1 was very harshly criticized for this, not only by the Hungarian commercial media (own by international media conglomerates) but also by

international press. They believed that the Hungarian public media is deliberately generating fear of illegal migrants, trying to put the migrant influx and terrorism on the same page.

The same criticism was seen against us when we were referring the illegal border crossers not as refugees but as “economic migrants” who were able and willing to pay people smugglers tens of thousands of Euros to take them to the Schengen borders.

Hungarian Public media was also criticized for generating fear for covering issues the Western press was quite reluctant to: the ever growing anti-migrant public attitudes in the Western European countries. We received news of numerous incidents against refugee or migrant centers from Sweden, Finland and Germany. As a TV channel we need footage of certain events to cover the stories the best possible way. We came to realize that these incidents were not covered by the press in the so-called “developed democracies”. The European Broadcasting Union – working also as an audiovisual news agency – did not have these events in its daily advisory either. Simply because the local EBU-member organizations did not offer them. Firstly we sent individual requests to the Geneva HQ, and we were quite surprised to learn that the local medias did have footages of the incidents, but never offered them. After quite a few times we received a friendly warning from the Geneva HQ that we are submitting way too many requests. Even later the simply response of “no footages shot” came back for our requests.

For many months we were almost the only ones covering and reporting events in Europe that were considered taboos in European democracies. But as it has to be, slowly the smokescreen – created by the “Western Press” was dissolving.

Boris Kalnoky Budapest correspondent of the German Die Welt said in the political magazine “Magyarul Balóval” on the Hungarian RTL2 channel that they received instructions from their superiors to cover only the positive aspects of illegal migration, the warm welcomings, the hospitality they receive in Germany or Western Europe. Mr. Kalnoky said that his superiors were quite sure that if they only show the positive examples, they would “make the world a better place”

Kai Gniffke editor-in-chief of German public media ARD admitted in an interview (http://www.focus.de/kultur/medien/tagesschau-und-tagesthemen-ard-raeumt-falsches-fluechtlingsbild-ein_id_5001222.html) that they many times contributed to creating a false image on illegal migration.

He said, quote: “When cameramen were shooting, they were always looking for the children with close-ups on their big eyes. Although the cameramen could also see that the reality was that 80 percent of the refugees were young, well-fit single men.” The same reality the Hungarian Public Media had been reporting and had been criticized for.

In Austria the media council condemned the senior journalist of Kronen Zeitung for writing about negative phenomena and events in connection with the migrant influx. Christoph Biro among many other things wrote that he has knowledge of young Syrians committing sexual abuse in Austria and getting away with it. Following the publishing of his article dozens of complaints arrived to the Austrian media council. His paper made the article unavailable in its website. The article since then can only be found on unzensuriert.at (<https://www.unzensuriert.at/content/0019097-Junge-testosteron-gesteuerte-Syrer-Krone-Chefredakteur-geht-die-Galle-hoch>), a website fighting censorship and for the freedom of press.

The various forums and platforms on the web are flooded with posts and comments on the migration crisis. Millions of them can be read both for and against receiving migrants and refugees into Europe. Many – hiding behind the thick curtain of anonymity provided by the web – posted even provoking, offensive and unacceptably humiliating messages. The press were mining these posts, handpicking the ones coinciding with their own individual interests, of course. Angela Merkel German Chancellor was even overheard in a UN-event in NYC asking Mark Zuckerberg, founder of Facebook to “do something about the racist and xenophobic posts flooding the social network”.

January 1st the president of the Hungarian Islamic Community posted a message in the Hungarian Press Agency about how islamophobia was getting stronger in 2015 in Hungary, and for that he held those media outlets responsible that dared talking about the negative aspects and risks of the migration flow.

After all these is it truly surprising what happened after the outrageous events on New Year’s Eve in Cologne and Stuttgart? That the German press only covered the events – somewhere on the back pages in fine print – as isolated incidents that are the result of men with alcohol-clouded minds going way too far with their New Year’s celebrations. And it took 4 days (!) for these incidents to take the headlines and front pages, only after dozens of attacked women pressed charges and came forward with their stories. And when news of similar events were flooding the

web from Austria, Switzerland, Finland and Sweden, only then European politicians strongly supporting immigration realized, they have no other choice but to react to the rightful shock and outrage of the public. The German police and Thomas de Maizere interior minister admitted that the mass attacks were organized and had “migrational backgrounds”, they just did not want to bring “that thread” in. And all of a sudden the “free and independent” German press started criticizing the police chief of Cologne for not talking about all the facts, for withholding certain pieces of information regarding the matter. (A truly sad day for investigative journalism!)

Is it also truly surprising, that after the Paris terror attacks, the connection between the attackers and the migration flow was not even mentioned, until the Macedonian and Serbian media started reporting, that the photos of the terrorists spread out by the French police were found in the Photo Library of the migrant registration centers in Macedonia, Croatia and Hungary.

The question asks itself: how can serving various global or local interest by media organizations be mentioned on the same page with the freedom of press? Do the journalists, their editors or their commissioners – strongly supporting the welcoming of illegal immigrants into Europe and strongly condemning the countries unwilling to do so – after the German incidents and the Paris attacks ask themselves the question: was it worth it?

Is it worth to promote Political Correctness, to promote unrealistic pseudo-liberalism – often deliberately brought into analogy with the freedom of press – instead of the bitter truth, that should be said even if every fiber in our bodies and minds is against it?

What should the press do then? Just what it is supposed to. Report what, where, how and why it happens. And most importantly – just as the motto of Hungarian Public Media news channel m1 says-: “Whenever it happens.” And stop trying to tell the people what and how to THINK about the events of the world. •

GEGENFRAGEN ZUM MEINUNGSTREND

DR. PHILIPP CUENI
EDITO

Nein, die Schweiz ist keine Insel. Zwar steht sie nicht gleich stark unter Druck der aktuellen Flüchtlingsbewegungen wie exponiertere Länder. Aber auch hier gibt es deutlich mehr Asylanträge als jeweils in den letzten 15 Jahren, gilt es, mehr Flüchtlinge als üblich unterzubringen - mit zum Teil heftigen Diskussionen in jenen Orten, wo neue Unterkünfte für Asylsuchende eingerichtet werden. Die Medien berichten über Zirkel in unserem Land, welche gemäss Recherchen nahe am IS operieren. In einem demnächst bevorstehenden Gerichtsverfahren lauten die Anklagepunkte auf IS-Mitgliedschaft und -Unterstützung. Demnächst wird über eine Volksinitiative abgestimmt, welche straffällige AusländerInnen in der Schweiz, inklusive solche, die hier geboren sind, sofort ausweisen will – auch bei Bagatellvergehen. Auch in der Schweiz wird heftig über die Fragen diskutiert, was die neue Flüchtlingsbewegung mit dem Islam und letztlich mit dem Terrorismus zu tun habe. Und natürlich auch darüber, ob und wie die Grenze gegenüber Flüchtlingen geschlossen werden soll.

Die Medien sind mit dieser besonderen Lage bisher eher gelassen umgegangen. Eigentliche Hetze gibt es kaum. Auch bei jenen Medien, welche gegenüber den Flüchtlingen und dem Islam eher abwehrend orientiert sind, sind Reportagen zu lesen, welche Empathie gegenüber den Immigranten wecken: über die Qualen eines Migranten auf seiner langen Fluchtroute oder über integrative Aktivitäten eines kleinen Fussballclubs mit jungen Eritreern aus dem Flüchtlingsheim. Eine Erklärung dieses weniger zugespitzten Diskurses liegt sicher in den Mechanismen der direkten Demokratie, die auch bei populistischen Initiativen tabuisierte Themen zur öffentlichen Debatte bringt und damit auch eine gewisse Ventilfunktion hat.

Mediale Normalität? Ja, die Flüchtlingsfrage und der IS-Terrorismus als Krisen neben anderen – zum Beispiel die Klimasituation, die verschuldeten Staaten mit zunehmender Armut, die Kriegssituation in der Ukraine, in Syrien und auf der arabischen Halbinsel. Nur bedingt, denn die Flüchtlingsfrage hat sich in der öffentlichen Debatte mit dem Thema Terrorismus und seit der Silvesternacht in Köln mit anderen Bedrohungsszenarien vermischt. Und diese Themen emotionalisieren in der breiten Bevölkerung offenbar mehr als andere. So gesehen stehen Europa und

die Schweiz vor einer besonderen Herausforderung. Und deshalb stellt sich die Frage, wie der Journalismus damit umgehen soll.

Meine erste Antwort: Mit Normalität. Natürlich hat der Journalismus die Aufgabe in ausserordentlichen Situationen, gerade zu jenen Themen, welche die Bevölkerung beschäftigen, wenn gesellschaftliche Reibung auszumachen ist, Sonderleistungen zu bieten:

Kapazitäten aufs Thema konzentrieren, noch genauer als sonst hinsehen, kritisch analysieren, Hintergründe und Erklärungen liefern – und nüchtern bleiben. Aber auch das ist die Normalität, weil dies alles zu den üblichen Qualitäten des Journalismus gehören sollte. Zu diesem Berufsalltag gehört aber auch, einzelne dieser Qualitäten immer mal wieder zu problematisieren. In dieser Situation etwa die Anforderung nach nüchterner Distanz.

Michel Jeanneret, Chefredaktor von L'illustré in der Westschweiz, sagt in einer Betrachtung zur Berichterstattung über die Flüchtlingskrise: „Wer den Wind verstärkt, arbeitet schlecht.“ So einfach, aber richtig ist das.

Es gehört zu unseren Aufgaben, Gegenfragen zum vorherrschenden Meinungstrend zu stellen. Zu warnen, wenn etwas tabuisiert oder verteufelt wird. Und ja, durchaus auch die Skeptiker-Rolle zu übernehmen und so vor möglichen Problemen nüchtern zu warnen, falls der Wind allzu euphoristisch blasen sollte. Mit dem Angebot von erklärenden Hintergründen soll das Publikum die Möglichkeit erhalten, sich an Fakten statt Emotionen zu orientieren. „Das Publikum zu Verstehenden machen“, wie es der Medienethiker Hermann Boventer so pointiert formuliert hat.

Gerade das Angebot von komplexen Erklärungsstücken sei eine Voraussetzung, um in der demokratischen Debatte differenzierte Lösungswege prüfen zu können und populistische Lösungen zu verhindern. Solche populistischen Vereinfachungen würden sich aber oft an oberflächlichen und vereinfachenden Schlagzeilen und Kurznews orientieren. Das ist das Credo des im letzten Jahr verstorbenen Mediensoziologen Kurt Imhof. Ich halte es für richtig. Imhof appellierte deshalb auch an die Politik und die Medienunternehmen, die Mittel für den dafür notwendigen journalistischen Aufwand bereitzustellen – als gesellschaftliche Aufgabe zur Qualitätssicherung der Demokratie.

„Zum Verstehen beitragen“ - zwei weitere journalistische Qualitäten scheinen mir in dieser Situation besonders wichtig.

Die Medien haben einen Integrationsauftrag. Nicht die Ausgrenzung, sondern die Verständigung ist das Ziel. Das kann durchaus heissen, gegen Diskriminierung, Angstmacherei und Hass Stellung zu beziehen. Dennoch müssen die Medien fähig sein, auch das gehört zum Integrationsauftrag, einen Dialog gegenüber den Absendern solcher unschöner Botschaften aufrechtzuerhalten.

Zum Zweiten: Journalismus soll gegenüber der Situation der Flüchtlinge durchaus auch Empathie vermitteln dürfen. Auch das kann zum Verstehen beitragen. Das schliesst aber mit ein, nichts auszublenden, auch das Schwierige und die dunklen Seiten nicht.

Es geht immer um den vertieften und nüchternen Blick aufs Ganze. Auf Dauer zahlt sich nur dies aus – journalistisch und gesellschaftlich. •

PRESSEKODEX ZIFFER 12

DR.^{IN} RUBINA MÖHRING
REPORTER OHNE GRENZEN

Mit den Silvester-Geschehnissen in Köln hat jäh ein neues Kapitel der Willkommenspolitik gegenüber Flüchtlingen begonnen. Im Nu kippte die Stimmung – wohl auch zur klammheimlichen Genugtuung jener, die ohnedies gegen eine entgegenkommende Flüchtlingspolitik sind und dies seit je waren. Die Politik reagierte entsprechend restriktiv und biederte sich damit diesen Kreisen an. Im Internet gewinnen immer mehr flüchtlingsfeindliche Kommentare die Überhand. Die engagierte Zivilgesellschaft wird in das Eck so genannter Gutmenschen abgeschoben. Und die Medien, welche Rolle spielen sie in dieser schwierigen Situation – vor allem jene, die sich dem Qualitätsjournalismus verpflichtet fühlen, diesen für sich in Anspruch nehmen.

Die Maxime des journalistischen Einmaleins sind bekannt: Unparteilichkeit, objektive Berichterstattung, objektivierende Recherche. Notwendig ist Parteiunabhängigkeit und fachspezifisches Wissen, um mögliche Falschaussagen direkt hinterfragen zu können. Ebenso notwendig ist die Rückendeckung seitens der Redaktionsleitungen. Nicht erst seit heute versuchen PolitikerInnen, die Medien vor sich herzutreiben und diese für ihre eigene Politik zu ge- bzw. zu missbrauchen. Manchmal scheint es so, als wären die Schlagzeilen selbst wichtiger als deren Wahrheitsgehalt. Hinter jedem Politiker, jeder Politikerin steckt jedoch bekanntlich ein großzügig dotierter Medienberater – auch diese Branche steht unter Erfolgsdruck.

Spätestens seit der wirtschaftlichen Schiefelage Griechenlands ist Krisenrhetorik, Kriegsrhetorik angesagt. Bis zur Sommerpause 2015 dominierte die griechische Finanzkrise Politik und Medien. Auch in dieser Zeit versuchten bereit abertausende Flüchtlinge europäischen Boden zu erreichen. Nicht nur damals, schon seit Jahren. Kaum ein verantwortungsbewusster, hauptberuflich politisch tätiger Mensch war bereit, dies wahrzunehmen. Dann jedoch war nicht nur Europa, sondern die ganze Welt mit dem Drama syrischer Flüchtlinge konfrontiert. Europa erlebte ein Krisenszenario, auf das es sich nicht rechtzeitig vorbereitet hatte. Auch die Medien hatten nicht die richtigen Sensoren, weil sie vornehmlich den von der Politik vorgegebenen Schlagzeilen nachtrotteten.

Die Folgen all dieser verzögerten Reaktionen sind fatal: Verunsicherung großer Teile der Bevölkerung und zunehmende Ausländerfeindlichkeit.

Jene, deren Umfeld traditionell dem Herrenmenschentum frönt, fühlen sich inzwischen mehr den je bestätigt. Vieles, was in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tabu war, kann nun wieder ausgelebt werden. Physisch Behinderte werden wieder schamlos Krüppel genannt, „Andersartige“ wieder als Angehörige einer „minderwertigen Kultur“ eingeordnet. Immerhin: die Medien regen sich deswegen auf.

Mittwochabend, 13. Januar 2016: „Man fühlte sich so respektlos behandelt“ so die Studentin Michelle in Sandra Maischbergers Talk. Menschenverachtend, Frauenmissachtend war jedoch nicht nur das Verhalten der größtenteils aus Nordafrika stammender Männer, die in der Silvesternacht in Gruppen Frauen umringten, ausraubten und sexuell belästigten. Respektlos gegenüber den Frauen zeigte sich auch manch ein Polizist.

Die Täter gehörten einer Gruppe von 500 – 1000 Männern an. Sie waren laut Polizei total enthemmt, warfen Feuerwerkskörper in die Menge und begegneten den Einsatzkräften mit „einer Respektlosigkeit, wie ich sie in 29 Dienstjahren noch nicht erlebt habe“, ist im internen Polizeibericht vom 4. Januar 2016 nachzulesen.

Die Polizisten waren zunächst vor allem an der Protokollierung des Diebstahls interessiert, kaum jedoch an Schilderung all jener sexuellen Übergriffe, die in der Nacht vom 31. Dezember 2015 zum 1. Januar 2016 in aller Öffentlichkeit auf dem Kölner Domplatz geschehen waren. Auch das tat den Frauen weh. Ob die Übergriffe auf dem Kölner Domplatz gezielt organisiert waren, weiß man noch nicht.

Eines hingegen steht fest: Aufgrund der massiven Medienberichte über diese schauerliche Nacht in Köln, wagten schließlich auch immer mehr andere Frauen, nachträglich die sexuellen Übergriffe dieser Männer anzuzeigen. Zuvor hatte sie das Schamgefühl davon abgehalten und die Befürchtung, nicht ernst genommen zu werden. Nicht nur in Köln, auch in vielen anderen deutschen Städten.

Und noch eines steht außer Frage: Die unentschuldbaren Taten jener Männer, die sich zu Silvester nicht nur in Köln strafbar gemacht hatten, sind Wasser auf die Mühlen jener, die schon immer gegen AusländerInnen waren; jener „Einheimischen“, die seit je und nun erst recht sämtliche Türen und Tore vor Flüchtlingen verschließen wollen, von den Herzen ganz zu schweigen.

„Verpiss Dich“ ist eines jener wenigen Hasspostings, die vielleicht gerade noch zitierbar sind. Die deutsche BILD-Zeitung hatte im Oktober vergangenen Jahres auf einer Doppelseite Hatepostings mit deren Absender veröffentlicht, diese männlichen und weiblichen Herrenmenschen also der Anonymität beraubt und an den Pranger gestellt: für die Öffentlichkeit, für die Staatsanwaltschaft. Welche Wirkung diese Aktion hatte, ist nicht belegt. Offensichtlich ist nur, dass die Hasspostings weiterhin zunehmen und dass bei deren Inhalten die Schamgrenze immer tiefer rutscht. So tief, dass sich manche fragen, was für ein Spiegel welcher Gesellschaften diese Postings sind.

Respektlosigkeit ist angesagt. Respektlosigkeit gegenüber dem Leben und der Würde anderer. In jenen EU-Mitgliedstaaten, die sich einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik verweigern, in jenen, in denen rechtsnationale Parteien zusehends erstarben. Ohne Zweifel auch in jenen Ländern, in denen sich inzwischen auch Regierungsparteien durch die zunehmende Zahl ankommender Flüchtlinge überfordert fühlen und nebstbei wohl auch im Wählerpotential rechtsnationaler Parteien zu fischen versuchen.

Noch eines steht übrigens fest: Die regionalen Medien hatten sofort am Neujahrstag über die fatale Silvesternacht in Köln berichtet. Nur die überregionalen Medien inklusive des in Köln ansässigen WDR hatten das Ganze nicht rechtzeitig wahrgenommen. Aufgewacht sind diese erst dank der Pressekonferenz der Kölner Polizei am Montag, den 4. Januar 2016.

Unter dem Titel „Niemand wird zu schlechtem Journalismus gezwungen“ analysiert kürzlich die deutsche Wochenzeitung „DIE ZEIT“, die Frage, ob vor allem die deutschen öffentlich-rechtlichen Medien Flüchtlingsberichte freiwillig geschönt haben, also in vorseilendem Gehorsam und im Sinne sogenannter Political Correctness vornehmlich positiv über die Flüchtlingspolitik der deutschen Regierung berichten. Anlass war der öffentlich kundgetane Standpunkt einer WDR-Mitarbeiterin, „unausgesprochen haben sich fast alle Journalisten über Jahre einen Maulkorb auferlegt, so wie auch die Polizei und die Politik. Wir haben doch alle ... Political Correctness falsch verstanden.“

Der angebliche, selbst auferlegte Maulkorb sowie die kritisierte Political Correctness beziehen sich hierbei auf den Verzicht der Qualitätsmedien, Herkunft und Religionszugehörigkeit eines vermutlichen Täters ohne begründbaren Sachbezug hervorzuheben. Qualitätsmedien halten sich an diese Spielregel, die im deutschen Pressekodex unter Ziffer 12 festge-

halten ist. Das hat nicht nichts mit einer angeblich einseitig gefärbten Sympathie-Berichterstattung über Flüchtlingspolitik und Flüchtlinge gemein.

Der Verein „Neue Deutsche Medienmacher“ - gegründet von JournalistInnen mit Migrationshintergrund – bringt die Sache auf den Punkt. Wenn, dann müsste die Berichterstattung bei allen Personen konsequent transparent sein, und führt zwei mögliche Beispiele an: „Die aus Köln stammende, evangelisch getaufte, mutmaßlich atheistische und 2011 wegen Verleumdung verurteilte deutsche Steuerhinterzieherin Alice Schwarzer. Oder: Der 2014 verurteilte bayrische, katholisch sozialisierte, Steuerhinterzieher Uli Hoeneß.“ Das wäre, so meint DIE ZEIT sehr richtig, natürlich nicht nur anmaßend, sondern auch irreführend. Ich füge hinzu sehr, sehr irreführend.

„Lügenpresse halt die Fresse“ hatten Neonazis am 1. Mai 2012 auf die Fensterfront der „Lausitzer Rundschau“ im brandenburgischen Spremberg geschmiert. Die Zeitung hatte immer wieder konkret über deren Aktivitäten in Brandenburg berichtet. Über der Tür der Redaktion hatten die Neonazis Eingeweide frisch geschlachteter Tiere gehängt. Die Redaktion ließ sich nicht einschüchtern: „Wir fühlen uns ermuntert, noch intensiver zu recherchieren“, meinte damals Chefredakteur Johannes M. Fischer. – „Lügenpresse“ wurde 2014 als Unwort des Jahres gekürt.

„Lügenpresse“ ist laut Wikipedia eine Wortschöpfung katholischer Konservativer gegen die zunehmende liberale Presse nach der bürgerlichen Revolution 1848. Während des menschenverachtenden Hitlerregimes diente der Begriff „Lügenpresse“ der Diffamierung jüdischer Verlage und als Argument für die Gleichschaltung der damaligen Medien. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wird der Begriff „Lügenpresse“ vorrangig von als rechtsextrem und rechtspopulistisch, von fremdenfeindlich und islamophob bezeichneten Kreisen verwendet, informiert das Internet-Lexikon. Anfangs vor allem in der Hooligan-Szene, seit 2014 in Deutschland mehr und mehr auch bei Demonstrationen der Pegida und der Adf – inklusive Gewaltandrohungen gegenüber Journalisten. Auch Gender-Politik wird von den deutschen rechtsnationalen Bewegungen Pegida und Afp massiv abgelehnt.

Kennen Sie Andreas Gabalier? Der steirisch märkische Volksmusikus fiel zum ersten Mal nicht nur seinen hausgemachten Fans auf, als er im Juni 2014 beim Großen Preis von Österreich die österreichische Bundeshymne ohne jene Textstelle, die auch die Töchter des Landes ehrt, sang. Wochenlang war er deshalb ein Medienstar, Gratiswerbung inklusive.

Zitat aus einem damaligen Interview: „Ich bin sehr für Frauenrechte. Aber dieser Gender-Wahnsinn, der in den letzten Jahren entstanden ist, muss wieder aufhören.“

Drei Jahre zuvor, 2012, hatte die österreichische Mehrheit entschieden, dass der ORF zum Wettsingen bei der Eurovision in die aserbaidische Hauptstadt Baku das Männer-Duo Trackshittaz schicken sollte. Mit deutlichem Abstand hatten die beiden Oberösterreicher die Nominierung gegenüber Conchita Wurst gewonnen. Innerösterreichisch war ihre Mundartkreation „Woki mit Deim Popo“ – zu Deutsch: „Wackel mit Deinem Popo“ - unschlagbar. In Baku allerdings landete das Mühlviertler Duo mit dieser Hymne auf eine Stripperin auf dem letzten Platz. Respekt, Respekt. Man stelle sich vor: Asylwerber aus dem arabischen Raum oder Nordafrika sängen dieses Lied vor dem Salzburger Festspielhaus oder auf der Wiener Kärntnerstraße. Sicherlich wäre dies ein Fall für die Polizei wegen verbaler sexueller Übergriffe. Zu Recht.

Seit wann sind sexuelle Belästigung und Vergewaltigung eigentlich ein strafrechtliches Delikt? In Deutschland und Österreich jedenfalls ist außereheliche Vergewaltigung seit 40 Jahren widerrechtlich. Gewalt in der Ehe seit 2004. Erst seit der großen Strafrechtsreform 1975 unter Bundeskanzler Kreisky sind auch bei uns Frauen eigenständige Wesen, nicht mehr dem Ehemann untertan und auch als Ehefrau berechtigt, selbst ihr Leben zu bestimmen und z.B. ihre eigenen Verträge zu unterschreiben. All dies ist nicht allzu lange her. Vergewaltigungen, die heutzutage hierzulande angezeigt werden, werden laut Statistik vorwiegend von Österreichern begangen. Jeder bedrohten Frau stehen in Österreich übrigens Frauenhäuser als Zufluchtsort zur Verfügung.

Was in Köln geschah, ist eine grobe Verletzung und Missachtung europäischer Werte. Die Würde von Menschen wurde verletzt durch Menschen, die mit Berufung auf Menschenrechte in Europa bleiben wollen. In diesem Fall waren es junge Männer, die sich in einer anderen, unvertrauten Welt zurechtfinden müssen. Ihr eigenes Zuhause war geprägt durch patriarchalische Strukturen, in ihrer Heimatgesellschaft sind Frauen dem Mann untertan. Ihr derzeitiges Leben in Europa ist perspektivlos. Eine Entschuldigung ist das nicht, allenfalls der Versuch einer Erklärung für das Unfassbare. Geahndet werden müssen diese Straftaten in jedem Fall. Wer Gastrecht missbraucht, verwirkt dieses. Dennoch können diese Straftäter nicht stellvertretend für gut eine Million Flüchtlinge stehen.

In Deutschland entschuldigen sich andere Asylwerber für das unsagbare Verhalten der Männer in der Silvesternacht und zu Neujahr 2016.

Auch via Internet distanzieren sich die längst integrierten muslimischen Communities von den Straftätern. Sie alle sind entsetzt über das, was diese moralisch abgerutschten Männer getan haben – und sie wissen, dass nun sie alle, im wahrsten Sinne des Wortes, in einen Topf geworfen werden.

Bisher wurde immer wieder warnend darauf hingewiesen, dass vor allem allein stehende junge Männer aus den arabischen Ländern und Nordafrika nach Europa fliehen. Dass diese primär auch eine Gefahr für europäische Frauen seien. Dem ist nicht mehr so. Laut neuester Statistiken sind inzwischen über 50 Prozent der Flüchtlinge Frauen und Kinder. Diese werden nun Opfer der seitens der Politik festgesetzten „Obergrenzen“. Für wen sind diese Frauen und Kinder eine Bedrohung? Sollen diese nun tatsächlich als Nummer X jenseits festgesetzter Obergrenzen im Mittelmeer ertrinken oder sonst wo verenden?

All dies ist ganz weit weg, wenn man nicht direkt berührt ist. All dies kommt ganz nah, wenn man mit BürgermeisterIn in Kontakt kommt und jenen zuhören kann, deren Gemeinden im Libanon, in Jordanien, in der Türkei, in Italien, in Griechenland seit Jahren aktive Flüchtlingshilfe leisten. So geschehen bei der internationalen Bürgermeisterkonferenz „NOW“ Ende Januar in Wien: Zwei Tage lang referierten, diskutierten Bürgermeister und Experten, boten Tatsachenberichte und Lösungsversuche – all dies zwischen abgestellten Lokomotiven in einer Werkshalle der österreichischen Bundesbahn. Schade, dass maßgebliche PolitikerInnen an einem Zusammentreffen mit diesen von der Flüchtlingsproblematik seit Jahren betroffenen lokalen PolitikerInnen offenbar nicht interessiert waren. Warum eigentlich?

Medien, die als Qualitätsmedien bekannt sind, haben darüber berichtet. Auch auf 3sat klärte ein Bericht darüber auf, dass in manchen Flüchtlingslagern in Jordanien oder im Libanon jeweils seit Jahren über 80.000 bis 150.000 syrische Flüchtlinge leben. Mehr also als Österreich in den kommenden drei Jahren aufzunehmen bereit ist. „Wir haben uns an den Geruch des Todes gewöhnt“ erklärt ein griechischer Bürgermeister. Er und alle anderen, die gekommen sind, appellieren an die Solidarität Europas. Tags zuvor hatte die österreichische Regierung ihr restriktives Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge vorgestellt. Das Programm einer Wohlstandsgesellschaft gegenüber vom Krieg verfolgter, durch den Krieg besitzlos gewordener Menschen samt derer Kinder, die kaum noch Chancen auf Bildung haben.

„Der Krieg ist der Vater aller Dinge“, wusste schon der griechische Philosoph Heraklit vor gut 20.000 Jahren. Krieg macht die einen zu Gewinnern, die anderen, die Verlierer, zu Sklaven. Krieg erlaubt keine Scham und im Krieg dienen Vergewaltigungen von Frauen nicht nur der Lust sondern auch der Demütigung des Gegners. Als Massenaktion auf europäischem Boden zum letzten Mal praktiziert während der Balkankriege gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Zu erinnern ist auch an die bekanntlich noch viel weiter gehenden Grausamkeiten, Unmenschlichkeiten während des Hitler-Regimes – ebenfalls im vorigen Jahrhundert und ebenfalls gar nicht so lange her.

In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich, in der Zeitung DER STANDARD nachzulesen. Im Juli 2015 wendet sich die Autorin Marion Hoffmann in einem offenen Brief an die österreichische Innenministerin. Der Prätext dieses Briefes lautet: „Wir Österreicher mögen uns an die Nazizeit erinnern: Wir wissen, was Verfolgung bedeutet. Und wir wissen auch, dass Rettungsanker geworfen werden müssen.“ Auch das ist Qualitätsjournalismus.

Abschließend nur noch eines: „Gutmensch“ ist das jüngst bekannt gegebene Unwort des Jahres 2015. Das Copyright für diese Wortschöpfung liegt übrigens bei der 1982 in Düsseldorf gegründeten Punk-Band „Die Toten Hosen“. Manche meinen das Wort „Obergrenze“ wäre geeigneter gewesen. Warten wir ab, was noch kommt – auch in der Flüchtlingspolitik. Das Jahr 2016 hat gerade erst begonnen. •

MENSCHEN AUF DER FLUCHT

DR. GÜNTHER OGRIS
SORA

Über eine Million Menschen haben sich 2015 über das Mittelmeer nach Europa auf den Weg gemacht. Der Bürgerkrieg in Syrien, die Konflikte in Afghanistan und in Teilen des afrikanischen Kontinents und das Elend und die Perspektivlosigkeit in den großen Flüchtlingscamps sind die Hauptursachen für die Flucht. Ihre Ziel- und Hoffnungsländer waren zuletzt vor allem Deutschland und Schweden. Aber auch Italien, Frankreich und Ungarn haben in den vergangenen Jahren viele Tausende Flüchtlinge aufgenommen, und relativ zur Bevölkerungszahl gehört auch Österreich zu den Top-Aufnahmeländern in Europa.

Schon bei den Landtagswahlen im Burgenland und in der Steiermark – also lange bevor die Flüchtlingszahlen ihren Höhepunkt erreicht haben – war die Diskussion über die Unterbringung von Flüchtlingen ein zentrales Thema, wie die SORA/ISA-Wahltagsbefragungen für den ORF gezeigt haben.

Das tote Flüchtlingskind am Strand von Bodrum und Dramen wie die 71 Toten im Kleinlastwagen an der A4 Ende August/Anfang September haben die Stimmung in vielen Ländern gekippt: In Folge wurde dem „Schlepperwesens“ in Schlauchbooten und LKW's durch eine Mobilisierung von Bussen und Zügen und die Öffnung der Grenzen entgegengewirkt. Das Ausmaß des Anstiegs der Flüchtlingszahlen, die täglich in Österreich ankamen, war überraschend hoch.

Der medialen Diskussion konnte sich kaum jemand entziehen. Über 90% der Bevölkerung verfolgten die Entwicklung täglich oder mehrmals die Woche mit Interesse, 78% im Fernsehen, 64% in den Tageszeitungen, 46% in Radioberichten und fast jeder Dritte (29%) im Internet.

Die Menschen auf der Flucht lassen die Menschen nicht kalt – die bewegenden Bilder lösen Diskussionen und Emotionen aus. Drei Viertel (76%) der österreichischen Bevölkerung haben mit jemandem über das Thema diskutiert. Ein großer Teil der Bevölkerung hat sich an den Spendenaktionen beteiligt und mehr als jeder Vierte hatte persönlich Kontakt mit einem Flüchtling (28%). Überraschend stark war auch das ehrenamtliche Engagement von Teilen der Bevölkerung in eigenen Initiativen oder durch Unterstützung der NGOs.

In den sozialen Medien gibt es zum Thema starke Interaktionen, wobei durch den informellen und privaten Charakter des Mediums in vielen Fällen der journalistische Check und Gegencheck fehlt. Oft lassen die Verbreitung von Gerüchten, Alarmmeldungen und Hasspostings zweifeln, ob Online Diskurs-Angebote zu emotional bewegenden Themen sinnvoll sind und ein wertvoller Teil des öffentlichen Diskurses sein können.

In Österreich gibt es eine stark verankerte Hilfsbereitschaft. Österreich hat in der aktuellen Geschichte eine lange Tradition, Flüchtlingen zu helfen, und hat bereits mehrere größere Flüchtlingsströme aufgenommen – von den Sudetendeutschen nach dem 2. Weltkrieg über die Ungarn 1956 und die Tschechen 1968 bis zum Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren.

Flüchtlinge, die nach Österreich kommen, treffen auf ein starkes Pflichtgefühl, dass man Menschen in Not helfen muss. 79% stimmen in Österreich der Aussage zu: „Es ist unsere Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen, um sie dadurch vor Krieg und Verfolgung zu schützen.“ Genau so viele sagen, dass sie sich freuen in einem Land zu leben, das helfen kann.

Und die Menschen und Organisationen die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, gewinnen immense Sympathien. Die Arbeit der freiwilligen Helfer, der karitative Organisationen wie Rotes Kreuz, Caritas oder Volkshilfe, werden sehr positiv beurteilt, und auch Polizei und Bundesheer bekommen sehr positive Bewertungen. Auch die Aktion „Helfen wie Wir“ der ORF wird von einer ganz großen Mehrheit (78%) für wichtig gehalten und positiv beurteilt.

Es gibt aber nicht nur positive Gefühle in dieser Diskussion. So löst die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt neue Sorgen aus. Dass die Flüchtlinge „am Arbeitsmarkt gebraucht“ werden, glaubt eine Mehrheit nicht. Bei einem Drittel der Bevölkerung werden Ängste der Entwurzelung und Entfremdung aktualisiert und die Sorge ausgedrückt, dass man sich selbst als Fremder in der eigenen Umgebung fühlen könnte und das gewohnte Umfeld verloren geht.

Die aktuelle Diskussion um die Flüchtlingspolitik findet in einem sehr politikkritischen Meinungsumfeld statt. Etwa die Hälfte der Bevölkerung hat das Gefühl, dass sich Österreich in die falsche Richtung entwickelt, wobei diese überwiegend negative Einstellung von der Debatte um die Flüchtlinge relativ unabhängig ist. Allerdings verstärken sich im Zuge der Flüchtlingsdebatte Sorgen im Bezug die Entwicklung der Europäi-

schen Union, das heißt die ÖsterreicherInnen sind verstärkt der Ansicht, dass sich die EU in die falsche Richtung entwickelt.

Die Hälfte der Bevölkerung (49%) hat Sorge, dass ihre Kinder oder zukünftige Generationen einmal kein ausreichendes Einkommen haben werden, noch größer sind die Sorgen bezüglich der Nachhaltigkeit unseres Pensionssystems. Diese auf die Gesellschaft bezogenen Zukunftsängste dynamisieren die Sorgen und Ängste in Bezug auf die ankommenden Flüchtlinge. So formuliert eine starke Minderheit (45%), dass Österreich zuerst die eigenen Probleme lösen soll, bevor man Flüchtlingen hilft.

Auch wenn die öffentliche Diskussion zum Thema manchmal den Eindruck erweckt, es gebe eine klare Polarisierung in der Bevölkerung, überwiegen bei der Mehrheit die ambivalenten Einstellungen und gemischten Gefühle – vor allem wenn es um die Zukunft und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft geht.

Der ORF als wesentliches Medium in Österreich ist die Hauptinformationsquelle der österreichischen Bevölkerung und die große Mehrheit fühlt sich sachlich (73%), verständlich (85%) und umfassend (73%) informiert. Zwei Drittel (67%) haben das Gefühl, dass der ORF zu diesem Thema gute Arbeit macht. Gleichzeitig gibt es aber viele – vor allem bei jenen mit starken Zukunftssorgen –, die das Gefühl haben, dass die Medien zu positiv berichten und die Sorgen der ÖsterreicherInnen nicht ausreichend ernst nehmen.

Die Ankunft der Flüchtlinge fordert die österreichische Gesellschaft in vielen Aspekten heraus und löst Handlungsdruck aus. Der ORF kann auf mehreren Wegen seine Verantwortung für Österreich wahrnehmen:

- weiterhin rasch, ausgewogen, sachlich und unabhängig berichten und Information zur Verfügung stellen, um Unsicherheiten zu reduzieren und Informationsbedürfnisse zu befriedigen;
- den Menschen weiterhin Handlungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten aufzeigen, da gerade die Wahrnehmung von Handlungsmöglichkeiten hilft, Ängste abzubauen;
- der ORF hat die Möglichkeit, aufgrund seiner starken Position auch im Online-Angebot neue Wege zu suchen, um eine neue Qualität und eine neue Kultur des Online-Diskurses zu entwickeln. •

WEM KANN MAN WIRKLICH TRAUEN?

DR.^{IN} ILSE BRANDNER-RADINGER
ORF PUBLIKUMSRAT

„Füllfederzentrale“. In großer Schrift ist es über dem Eingang zu dem seit vielen Jahren geschlossenen Geschäft in einem Wiener Außenbezirk zu lesen. Fast täglich fahre ich daran vorbei. Die Fenster der „Füllfederzentrale“ erlauben kaum einen Blick ins Innere. Alles verstaubt und verschmutzt und schon lange nicht mehr in Verwendung. Wer braucht im digitalen Zeitalter noch eine Füllfeder? Vielleicht als – kaum benütztes-Sammelobjekt oder Statussymbol? Und die Schulkinder, die vielleicht früher ein und aus gingen, um ihren täglichen Schul-Bedarf zu decken, tippen lieber auf Handy und Computer.

Der Anblick der einstigen „Füllfederzentrale“ führt uns krass vor Augen, dass wir in der Praxis schon längst in einer anderen Welt leben. Das digitale Zeitalter ist bereits unser Alltag.

Auch unser medialer. Auf die Frage, woher eine eben geäußerte Feststellung stammt, hört man oft: „Das habe ich aus dem Internet“. Die Zusatzfrage „Wo im Internet?“ bringt oft den Hinweis auf Internet-Foren oder Blogs, die aufgesucht werden, um Postings zu finden, in denen die eigene, häufig vorgefasste Meinung bestätigt wird. Die bekannte „Gatekeeper“-Funktion der Journalisten als Informationsvermittler ist, wie wir wissen, schon längst durch das jedermann/frau zugängliche Internet löchrig geworden. Man könnte in diesem Zusammenhang von mehr Transparenz im Journalismus sprechen, dem Versuch, den Journalismus von unten nach oben umzukrempeln. Man kann aber auch die Gefahr sehen, dass anonym und manipulativ die Freiheit des Internets missbraucht wird. Beispiele dafür gibt es leider genügend, besonders in Krisenzeiten. Das zeigt sich besonders deutlich in Foren und Blogs, seit Hunderttausende von Flüchtlingen nach Europa kommen, seit den jüngsten Terroranschlägen in Frankreich und jüngst in Istanbul und den bekannt gewordenen sexuellen Massenbelästigungen von Frauen in der letzten Silvesternacht, um nur einige Beispiele zu nennen. Von Transparenz kann hier keine Rede mehr sein. Die Freiheit des Internets wird vielmehr durch Kampf-Postings, Hasstiraden, gezielter Panikmache und organisierter Desinformation durch rasch gepostete, unerwiesene Behauptungen mit Multiplikator-Effekt missbraucht. Denn die angebliche „Wahrheit“ in diesen Postings wird nicht hinterfragt, ist durch nichts belegt, steht aber von vornherein unverrückbar fest und wird beim Austausch mit Gleichgesinnten verstärkt.

Besonders in Krisenzeiten haben es Qualitätsmedien schwer. Denn gemäß einem praktizierten Qualitätsjournalismus müssen für sie Nachrichten auf ihre Echtheit und Stichhaltigkeit vor der Veröffentlichung geprüft werden. In diesem Sinne hinken sie – schon aus zeitlichen Gründen- oft hinter sekundenschnell geposteten unerwiesenen Behauptungen hinter her und verleiten Konsumenten der schnellen Internet-Postings zu der Vermutung, die ganze Wahrheit werde – auch von den Politikern -unter den Teppich gekehrt. Dem gegenüber steht die Arbeit der Qualitätsmedien mit Verantwortung unter (Zeit)Druck. Vielen Verschwörungstheoretikern, die sich durch die gezielten Fehlinformationen bestätigt fühlen, ist diese Qualitäts-Arbeit zu wenig kantig und systemkritisch. Sie behaupten, dass in Qualitätsmedien – so wie eben auf der Gerüchtebörse erfahren – gerade das nicht berichtet wird, was sie doch so gerne hören oder lesen würden. Die Vertreterinnen und Vertreter des Berufsstandes der Journalistinnen und Journalisten werden von ihnen dann gerne als willfähige „Schreiberlinge“ verunglimpft. Das unselige Wort von der „Lügenpresse“ wird strapaziert und taucht wieder auf. E-Mails, auch an den ORF-Publikumsrat, der die Interessen des Publikums vertritt und dessen direkter Ansprechpartner ist, belegen diese Haltung.

Besonders in Krisenzeiten sind Qualitätsmedien, denen man vertrauen kann, als verlässliche Informationsquelle unerlässlich. Besonders in Krisenzeiten braucht auch die Demokratie Qualitätsmedien und informierte Bürgerinnen und Bürger mehr denn je. Denn ein Gegenüber kann man nur dann wirkungsvoll aufklären oder ihm etwas erklären, wenn zusätzlich zur Bereitschaft, Argumente mitzudenken, auch eine demokratische Einstellung und Grundinformationen vorhanden sind. Es geht darum, Hintergründe zu beleuchten und Ursachen offen zu legen. Besonders schwierig wird dieses aufklärerische Aufgabe, wenn diesem Unterfangen Ohnmachtsgefühle der Betroffenen gegenüber stehen. Was vielfach nicht genügend differenziert wird: Die Medien tragen nicht für alles die Schuld, nur zu einfach ist es, sie bei Misserfolgen zum Sündenbock zu stempeln, wie wir es immer wieder beobachten können. Doch die Medien können fehlende Konzepte der Politik nicht ersetzen oder wettmachen. Und gerade in diesem Vakuum und ohne die Basis gesicherter und seriöser Informationen entstehen jene festgefahrenen und oft unbestimmten Ängste, die Rationalität und Zugänglichkeit für Argumente blockieren.

Rationalität und Zugänglichkeit für seriöse Argumente werden aber nicht nur durch einschlägige Internet-Blogs sondern auch durch bestimmte Medien eingeschränkt. Dies sei nur angemerkt, um nicht allein das Internet verantwortlich zumachen.

Wem kann man nun wirklich trauen? Für die Qualitätsmedien macht dieses Wissen aber die Situation nicht einfacher. Und ob nun jemand den Öffentlich Rechtlichen Rundfunk mehr oder weniger schätzt: Tatsache ist, dass zum Beispiel in Österreich in Krisenzeiten oder bei außergewöhnlichen Ereignissen der ORF stets Informationsquelle Nummer 1 ist. Dann geht man doch davon aus, dass es zielführend ist, sich die Fakten aus dem ORF zu holen. Dieses große Medienunternehmen hat die Möglichkeit über Radio, TV und Internet – auch in Korrespondentenberichten von vor Ort – mit hoher Glaubwürdigkeit zu informieren. Als Großunternehmen nimmt er auch die Chance wahr, mit Sondersendungen (als ein Beispiel von vielen seien etwa der durchaus kritische „Faktencheck“ zum Thema Flüchtlinge oder die Sonderberichte zum Pariser Terror erwähnt) auf spezielle Aspekte etwa der Flüchtlingssituation einzugehen. In solchen Krisensituationen weiß man dann doch die Nachrichten-Qualität des öffentlich rechtlichen Senders zu schätzen.

Bedauerlicherweise werden uns die derzeit so aktuellen Themen wie Flüchtlinge mit all den Folgen und Herausforderungen, Terror und Diskussionen über Religion und Toleranz auch weiter begleiten. Diese Themen sind nicht abgeschlossen oder abgearbeitet. Die Folge:

Es gibt auch einen Teil der Bevölkerung, den man als nachrichtenmüde bezeichnen könnte. Der will von Krise, Flüchtlingen und Terror nichts mehr hören oder sehen. Sogar in den – meist gratis – erworbenen Printmedien werden die ersten Seiten überblättert, im Fernsehen Sendungen wie die ZiB oder Nachrichten-Journale erst gar nicht eingeschaltet, um der Realität nicht ins Auge sehen zu müssen. Verstärkte Regionalisierung ermöglicht den Verbleib im Schrebergarten, die unangenehme EU braucht er /sie ohnedies nicht. Constructive Journalism mag für manche Bereiche eine Erleichterung sein. Ein tatsächliches Entfliehen ist aber nicht möglich. Harte Fakten, wie die sexuellen Belästigungen vor dem Kölner Bahnhof und anderswo, machen es für alle schwer, einen kühlen Kopf zu bewahren. Vor allem dann, wenn auf der Cyber-Autobahn schon die Fehlinformationen unterwegs sind. Denn diese werden seltsamerweise oft als Informations-Fastfood dennoch konsumiert. Da schließt sich dann der Teufelskreis mit allen Vorurteilen, Sorgen und Ängsten und vielleicht auch berechtigter Kritik, aus denen die Schlüsse in eine falsche Richtung gezogen werden. Doch wie geht man an diesen Teufelskreis heran? Es gibt nur einen Weg, auch wenn er noch so mühsam ist. Der bleibt uns nicht erspart. Es ist der Weg des Festhaltens an unermüdlicher Aufklärung mit klaren und seriösen Informationen. Da sind alle Medien aufgefordert, auch die Printmedien, die mittlerweile erkennen, dass nicht der ORF die große Konkurrenz ist, sondern in ganz anderen

Bereichen heranwächst und teilweise schon dabei ist, allen etablierten Medien das Wasser abzugraben.

Den öffentlich rechtlichen Medien kommt bei der notwendigen Aufklärung gerade jetzt eine Schlüsselposition zu. So wie gefordert wird, Flüchtlinge über den gesamten Bereich der EU zu verteilen, um die Lasten auszugleichen, so bieten die gemeinsame Aufgabe der öffentlich rechtlichen Sender die Möglichkeit mit gutem Beispiel das zu tun, was ihr Auftrag ist, nämlich umfassend und korrekt zu informieren.

Im ORF-Gesetz etwa ist unter anderem zu dieser Informations-Aufgabe ausdrücklich festgehalten, dass „ein besonders strenger Handlungsmaßstab für die Sicherung der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung“ verpflichtend ist und weist auch auf die Unabhängigkeit dabei hin (Abs. 3 der Begriffsbestimmungen zum ORF-Gesetz). Ohne alle anderen diesbezüglichen Bestimmungen der anderen europäischen öffentlich rechtlichen Medienanstalten im Detail zu nennen, ist doch wohl davon auszugehen, dass sie gleiche Ziele verfolgen. Im Rahmen der jährlich stattfindenden 3-sat-Gremientreffen (des ORF mit den öffentlich rechtlichen Anstalten Deutschlands und der Schweiz) ist desbezüglich jedenfalls stets eine große Übereinstimmung festzustellen. Die wichtige Rolle als Leitmedium mit der Aufgabe unabhängig und ausgewogen zu informieren, steht bei allen Diskussionen im Vordergrund. So ist es auch zu verstehen, dass die europäische Kommission auf die Tendenzen in Ungarn oder im Zusammenhang mit den jüngsten Gesetzes-Attacken auf die öffentlich rechtlichen Sender Polens in Richtung Staatsrundfunk so kritisch und sensibel reagiert hat. Im neuen Mediengesetz in Polen, dessen neue rechtskonservative Regierung den öffentlich rechtlichen Sender unter strikte Staatskontrolle stellen will, sieht etwa der deutsche EU-Kommissar Öttinger, zuständig für Medienpolitik, auch einen Angriff auf die Pressefreiheit.

An diesen Beispielen kann man sehen, dass die öffentlich rechtlichen Sender – gerne kritisiert und manchmal sogar als unnötig attackiert – einen wichtigen Stellenwert haben. Einen Stellenwert, der manchen vielleicht gar nicht so bewusst ist, solange die Existenz eines öffentlich rechtlichen Senders eine Selbstverständlichkeit ist, und erst ein drohender Verlust dessen Bedeutung bewusst macht .

Eine inhaltliche Zusammenarbeit mit den Qualitäts- Printmedien in Richtung verstärkter Information und Aufklärung würde übrigens in Krisenzeiten allen Beteiligten ein Glaubwürdigkeits-Plus bringen. Auch hier gilt: Steter Tropfen höhlt Stein. Durch erweiterte Möglichkeiten etwa

umfangreichere Foren oder Blogs zu installieren, könnten Printmedien sich verstärkt mit Vertrauensbildung für korrekte und breiter gefächerte Informationen profilieren. Dass Qualität selten ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg ist wissen wir freilich.

Bleiben wir bei den öffentlich rechtlichen Sendern, deren Aufgabe. Und Bedeutung in Krisenzeiten bereits mehrfach betont wurde und lassen wir sie ohne politischen Einfluss und Angriffe von außen arbeiten. Sie haben die Berechtigung ihrer Existenz, nun neuerlich in der Krise von Terror und und Flüchtlingen, mehrfach bewiesen. •

HEIKLE ZEITEN FÜR DIE MENSCHENRECHTE: GEHT DAS DEN ORF ETWAS AN?

DR.^{IN} BARBARA HELIGE
ÖSTERREICHISCHE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE

Das abgelaufene Jahr 2015 brachte für die europäische – und hier ganz besonders auch für die österreichische – Gesellschaft eine unglaubliche Herausforderung, in der es plötzlich nicht mehr nur galt, in Sonntagsreden die Geltung der Menschenrechte für jedermann zu betonen, sondern diese Haltung auch in die Tat umzusetzen. Gerne wird außer Acht gelassen, dass die Verpflichtung zur Achtung von Menschenrechten häufig mit Selbstbeschränkungen verbunden ist. Das wurde zuletzt wiederum in der Thematik des Asyl- und Fremdenrechts offenbar. Nachdem Menschenrechtsorganisationen schon seit Jahren den Umgang mit Flüchtlingen kritisch beobachtet hatten, nahm die Situation im Jahr 2015 eine dramatische Wende. Die erste Hälfte des Jahres 2015 war geprägt von menschlichen Tragödien. Frauen, Männer und Kinder ertranken zu Tausenden im Mittelmeer. Endgültig in Österreich angekommen war das Entsetzen als schließlich 72 Menschen tot in einem Schlepperfahrzeug in Österreich aufgefunden wurden. Nie war uns deutlicher bewusst geworden in welcher verzweifelter Lage jene Menschen sind, so dass sie – wie hunderttausende andere – auf der Flucht bereits sind ihr Leben zu riskieren. Die österreichische Zivilgesellschaft war nicht mehr bereit, die von der Politik größtenteils gezeigte zynische Haltung zur Kenntnis zu nehmen. Viele Menschen verspürten das Bedürfnis, jenen, die vor Krieg und Not fliehen, zu helfen und brachten das nicht nur durch Demonstrationen zum Ausdruck. Tausende stellen seit mehreren Monaten mehr als überzeugend unter Beweis, dass ihnen das Leben der anderen ein echtes Anliegen ist. Sie bildeten mit einem Grund und Anlass, dass die Politik ihre Haltung zumindest für einige Monate änderte. Mittlerweile schwingt das Pendel der öffentlichen Meinung wieder in die andere Richtung aus, nachdem Helfer aus der Zivilgesellschaft an ihrer Leistungsgrenze angekommen sind, und da und dort Schwierigkeiten mit den neu angekommenen Menschen festzustellen sind. Jene, die die Grenzen dicht machen wollen, sind wieder im Vormarsch.

Die öffentliche Diskussion steht auf dem Messer der Schneide. In jener Situation kommt der Berichterstattung durch die Medien große Bedeutung und ebenso große Verantwortung zu. Jedes Wort, jedes Bild, jede Tendenz kann die öffentliche Meinung zumindest beeinflussen oder sogar

zum Kippen bringen. Dieser Verantwortung sind sich manche Medien nicht bewusst, andere nützen die sich bietende Gelegenheit aus, um politisch Stimmung zu machen. Hinzu kommen seit einiger Zeit soziale Medien, in denen es keine Selbstzensur gibt, stattdessen unendlich viel Meinung(en). Nicht immer halten diese Meinungen einer Überprüfung der Fakten stand, häufig werden in sozialen Medien Persönlichkeitsrechte verletzt oder es wird Stimmungsmache betrieben.

Umso mehr bedarf es hier eines öffentlich rechtlichen Rundfunks, der quasi als Fels in der Brandung umfassende, aber jedenfalls verlässliche Information liefert, die vorhandene Meinungsvielfalt repräsentativ darstellt und dabei kritische Distanz walten lässt. Es bedarf dazu aber auch einer grundsätzlichen Leitlinie für redaktionelle Arbeit: Diese muss jedenfalls die Grundwerte der österreichischen Verfassung inklusive der im Verfassungsrang stehenden Europäischen Menschenrechtskonvention umfassen. Als europäischer, demokratischer Rechtsstaat liegen Österreichs Wurzeln in Humanismus und Aufklärung, schon die im Jahr 1811 formulierte Zentralnorm der österreichischen Rechtsordnung, nämlich § 16 ABGB hat in ihrem Kernbereich den Schutz der Menschenwürde zum Inhalt. Es kann und darf keine Neutralität in der Berichterstattung geben, sondern müssen diese zentralen Gedanken der Unantastbarkeit der Menschenwürde in jedem Kommentar, in jeder Reportage die selbstverständliche Basis bilden.

Dazu bedarf es aber der Erfüllung wichtiger Kriterien:

Es bedarf es einer journalistischen Ethik, die mit der geschilderten Verantwortung selbstkritisch und reflektiert umgeht und sich der Macht der Bilder und Worte wohl bewusst ist. Diese Ethik bedarf auch der ständigen Auseinandersetzung mit der politischen Entwicklung sowie gesellschaftlicher Tendenzen und deren Auswirkungen auf eine korrekte Berichterstattung. Daneben ist Unabhängigkeit ein wichtiges Kriterium für eine Berichterstattung im oben skizzierten Sinn: Gerade in der Flüchtlingskrise wurde und wird deutlich wie politisch Verantwortliche in ihrer Hilflosigkeit und ihren verzweifelten Versuchen nach einfachen Lösungen häufig Grundwerte missachten, möglichst nicht daran erinnert werden wollen oder sie sogar offen verhöhnen. In solchen Fällen muss gesichert sein, dass kritische Berichterstattung stattfinden kann und keinerlei Zugriff auf die Auswahl redaktioneller Inhalte besteht. Dieser Zugriff darf auch nicht auf dem Umweg einer gefälligen Besetzungspolitik geschaffen werden. Einfluss auf den öffentlich rechtlichen Rundfunk bedeutet Macht, deren Ausübung die öffentliche Meinung manipulieren will und kann. Nicht nur, dass das demokratiepolitisch strikt abzulehnen ist, sehr

wahrscheinlich wird diese Macht zu Lasten der Schutzbedürftigen und benachteiligten Menschen eingesetzt. Aus menschenrechtlicher Sicht ist das nicht zu tolerieren, und wird die Zivilgesellschaft auch in Zukunft unabhängigen und verantwortungsvollen Journalismus vom ORF einfordern. •

DAS JOURNALISTISCHE MINDESTMASS

VIZEREKTOR UNIV.PROF.DR. HEINZ FASSMANN
UNIVERSITÄT WIEN, EXPERTENRAT FÜR INTEGRATION

Die Europäische Union rechnet für das Jahr 2015 mit einer Zuwanderung von rund 1,5 Mio. Flüchtlingen, insbesondere aus dem Nahen Osten und dem nördlichen Afrika. In Österreich liegt die offizielle Schätzzahl für 2015 bei 95.000 Asylwerber, im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2014 ist das eine Verdreifachung. Das einwohnermäßig etwas größere Schweden rechnet für 2015 mit 190.000 Asylwerbern und hat eingestehen müssen, dass das Land eine Atempause benötigt. Schwedens Regierungschef Löfven warnt: „Wir sind am Limit!“

Die Zuwanderung der Flüchtlinge führt in Österreich zu einer Verdoppelung des normalen Bevölkerungswachstums. Über kurz oder lang wird das eine erhöhte Nachfrage nach leistbaren Wohnungen zur Folge haben und zum Wachstum des Arbeitskräfteangebots beitragen. Ein wachsendes Arbeitskräfteangebot wiederum trifft auf ein mäßiges Wirtschaftswachstum mit einer stagnierende Arbeitskräftenachfrage, eine weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit und steigende Sozialausgaben im Bereich der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind so gut wie vor programmiert. Die Flüchtlingswanderung stellt eine Herausforderung dar, wie immer man die Situation auch bewertet.

Die große Zahl hat die Bevölkerung und Politik verunsichert, mehr jedoch die medial vermittelten Bilder und Berichte. Dabei kommt der Bild- und Textauswahl große Bedeutung zu. Wer zornige junge Männer in den Mittelpunkt rückt, verschleierte Frauen in langen, dunklen Mänteln und hilflose staatliche Autoritäten, die den Flüchtlingsstrom nicht kontrollieren können, der erzeugt ein anderes Stimmungsbild, als freundliche Bilder von Eltern mit ihren Kindern, die geordnet und dankbar die ersten Schritte des Ankommens annehmen. Das Alles kommt in der Realität vor, aber es gilt, die Proportionalität zu wahren und einseitige Häufungen zu vermeiden. Besonders anfällig für eine problematische, weil einseitige Darstellung sind Einzelschicksale und Fallbeispiele. Damit lässt sich alles belegen und dazu noch mit einem vermeintlich objektiv Unterton. Der journalistische Versuch, die Abstraktheit des Geschehens durch konkrete Personen zu erhellen ist verständlich, die Gefahr des manipulativen Vorgehens ungemein groß.

Der erste und wohl wichtigste Schritt, manipulatives Vorgehen bei einer qualitätsorientierten Berichterstattung zu vermeiden, liegt daher in der kritischen Selbstreflexion. Sie muss eine zentrale Verpflichtung jedes Berichterstatters sein, der Qualität für sich beansprucht. Man kann sie auch verordnen, aber dann ist sie nicht mehr wirkungsvoll. Nein, sie muss in der Tiefenstruktur des journalistischen Ethos liegen und sie muss als qualitätssichernde Instanz immer präsent sein.

Eine journalistische Berichterstattung folgt dabei den gleichen Geboten wie eine wissenschaftliche Analyse. Die Unterschiede liegen in der Komplexität der Fragestellung, in der Länge der Ergebnisinterpretation und in den Analysemethoden – das ist klar und einsichtig –, aber nicht in der notwendigen kritischen Distanz zur eigenen Arbeit. Das heißt nicht, dass nur die perfekte, perspektivische Ausgewogenheit die Veröffentlichung eines Beitrages gestattet. Das kann in der Praxis auch nur unvollkommen gelingen. Aber es bedeutet kritische Reflexion der „Beweisführung“ durch Bilder und Texte und Bereitschaft zur Änderung der eigenen Meinung, wenn dieser Zahlen, Daten und Fakten gegenüberstehen.

Neben einer kritischen Selbstreflexion ist Sachverstand für einen Qualitätsjournalismus unabdingbar. Gerade für eine schwierige Thematik wie Flucht und Asyl im Speziellen und Zuwanderung und Integration im Allgemeinen wäre oft ein Mehr an Faktenwissen hilfreich. Wer die Aufnahme der ungarischen Flüchtlinge des Jahres 1956 als Beispiel für ein freundliches Österreich anführt, der sollte wissen, dass die überwiegende Mehrheit nach wenigen Tagen und Wochen weitergewandert ist. Wer eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems fordert, der hat den inneren Widerspruch zu den gültigen, rechtlichen Regelungen nicht verstanden. Und wer Abschiebungen nach einem abgelehnten Asylverfahren als grundsätzlich unmenschlich darstellt, der hat ebenfalls die grundsätzlichen Regeln des Asylsystems nicht zur Kenntnis genommen, denn Asylwerber ohne Asylgrund sind eben keine Flüchtlinge im Sinne der Flüchtlingskonvention.

Diese Liste der Begriffe, die einen historischen, politischen oder rechtlichen Tiefgang besitzen, aber in Medien auch oberflächlich behandelt werden, ließe sich fortsetzen. Das Dublin-Abkommen, die kollektive Schutzgewährung, die Begrenzung des Familiennachzugs, die Problematik des Botschaftsasyls und viele andere mehr sind Begriffe, über die Qualitätsjournalisten mehr wissen sollten, wenn sie diese verwenden, um ungerechtfertigte Kritik und wenig zielführende politische Rezepte, verpackt in eigene Kommentare, zu vermeiden.

Der Qualitätsjournalismus soll im Zuge der Berichterstattung über Flüchtlinge ausgewogen berichten, strukturiert wie die Wissenschaft denken, unterschiedliche Perspektiven einbringen, er soll mit der Bildsprache sensibel umgehen und auf eine gewisse Repräsentativität achten und er soll sich nebenbei rechtlich weiterbilden und die theoretischen Konzepte der Migrations- und Integrationsforschung zur Kenntnis nehmen. Zu viel verlangt?

Möglicherweise ja, denn die mediale Berichterstattung steht immer unter einem zeitlichen Druck, sie muss sich der einen Thematik zuwenden und gleichzeitig auch ganz anderen Themen bearbeiten. Die thematische Breite steht mit dem thematischen Tiefgang immer im Wettbewerb, beides zugleich ist ausgesprochen schwierig. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Wissenschaft ist dabei vielleicht ein Ausweg. Die Wissenschaft kann für Tiefgang sorgen und steht selbst unter einem verstärkten Legitimierungsdruck. „Third Mission“ heißt in dem Zusammenhang die neue Forderung, die von der Wissenschaft unter anderem verlangt, sich an der Aufklärung von Phänomenen der Gegenwartsgesellschaft aktiv einzubringen. Was der Journalismus kann, soll, darf und muss, bleibt dennoch in seinem Verantwortungsbereich, importiertes wissenschaftliches Wissen, richtig übersetzt und angewandt, kann jedoch die Qualität im Qualitätsjournalismus signifikant absichern – eine Win-win-Situation für beide! •

Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Wissenschaft in Österreich

Dr. Josef Seethaler und O. Univ.-Prof. Dr. Helmut Denk
Texte 8

Der öffentlichkeitspolitische Wert von Unterhaltung

Univ.-Prof. Dr. Thomas A. Bauer, Texte 1

Die öffentlich-rechtlichen Medien als Quelle vertrauenswürdiger Informationen

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert, Texte 1

Medien-Unterhaltung als Service Public

Univ.-Prof. em. Dr. Louis Bosshart, Texte 12

TTIP und audiovisuelle Inhalte

Dr.in Verena Metzke-Mangold, Texte 15

Unterhaltung als öffentlich-rechtlicher Auftrag

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gabriele Siegert, Texte 12

Unterhaltung und öffentlich-rechtliche Medien im digitalen Medienzeitalter

Univ.-Prof. Dr. Holger Schramm, Texte 12

Das Naserümpfen der Eliten

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Pühringer, Texte 11

Das Tangibilitätstheorem der Öffentlichkeit

Dr. Christoph J. Virgl, Texte 6

Der gesellschaftliche Wert öffentlich-rechtlicher Medien

Ingrid Deltenre, Texte international

Die komplexe Welt erklären

Dir. Uwe Kammann, Texte 4

Kultur im Fernsehen

Univ.-Prof. Dr. Hannes Haas, Texte 10

Nur was wirkt, hat Wert

Dir. Prof. Dr. Helmut Scherer, Texte 5

Österreichwert oder mehr Wert

Dr. Georg Spitaler, Texte 11

Welche Diversität für welchen Public Value?

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Petra Herczeg, Texte 7

„Wovon man spricht, das hat man nicht.“

Dir. Dr. Wolfgang Schulz, Texte 3

Zum Systemrisiko der Demokratie

Univ.-Prof. Dr. Kurt Imhof, Texte 3

Zwischen Auftrag und Kommerzialisierung

Univ.-Prof. Dr. Minas Dimitriou, Texte 11

Identität und Medien

Univ.-Prof. Dr. Karl Vocelka, Texte 3

Public Value

DDr.ⁱⁿ Julia Wippersberg, Texte 2

Public Value als Wertschöpfungsbegriff?

Univ.-Prof. Mag. DDr. Matthias Karmasin, Texte 6

Zeitgeschichtsforschung und Fernsehen: Neue Interaktive Kooperationsoptionen

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb, Texte 8

A search for quality – Journalism from the vantage point of the user*

Irene Costera Meijer, Texte 13

Channelling diversity

Gunilla Hultén, Texte 13

Crisis or dismantlement?

Isabel Fernández-Alonso und Marc Espin, Texte 13

Den öffentlichen Rundfunk entfesseln

Dr. Vinzenz Wyss, Texte 13

Eurovision and the „new“ Europe

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karen Fricker, Texte 14

Greek public media in Turmoil

Marc Gruber, Texte 9

Snatch the public service!

Sadra Bašić Hrvatinić, Texte 13

The ESC and International Organisations

Dr. Dean Vuletic, Texte 14

The four horsemen of the post-broadcast era

Marko Ala-Fossi, Texte 13

The unity of plurality

Univ.-Prof. Dr. Werner Jauk, Texte 14

Transnational television

Dr.ⁱⁿ Kati Förster, Texte 14

We are all Greeks

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Katharine Sarikakis, Texte 9

Auf dem Weg zum Publikum

Dr. Florian Oberhuber, Texte 8

Die Leitmedien der Medienmacher

Dr.ⁱⁿ Daniela Kraus, Texte 4

Die Zukunft des Fernsehens

Dr. Alexander Wrabetz, Texte 8

Integrativ und Individuell – Unterschiedliche Ansprüche verschiedener Publikumsgruppen

Dr.in Nicole Gonser, Texte 6

Public Value

Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in Larissa Krainer, Texte 5

Public Value und Public Accountability

MMag. Klaus Bichler, Texte 10